

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 9 September 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## **Salafismus: Streben nach dem Gottesstaat**

### **In dieser Ausgabe:**

**Betreuungsgeld:**  
Unterstützung von Familien  
mit Kindern oder Irrweg?

**Polizeitage:**  
Sicherheitsarchitektur  
reformierungsbedürftig

**GdP-APP 2.0:**  
Mit dem Smartphone  
in die GdP-Länder

**Bundespolizei:**  
Nach Klartext-Studie  
jetzt Maßnahmen-Katalog

**Internetkriminalität:**  
Schadprogramme  
verschlüsseln PCs

**JUNGE GRUPPE (GdP)**

# Liebe Verbrecher: Alles, was Sie hier sehen, kann und wird gegen Sie verwendet werden.

Polizeifahrzeuge von Mercedes-Benz.

---

GPEC® 2012

---

Besuchen Sie uns auf der GPEC® 2012  
11.-13. September, Leipziger Messe

---

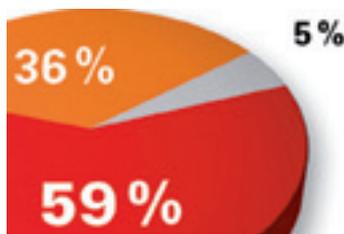


Im Kampf gegen das Verbrechen fährt Mercedes-Benz scharfe Geschütze auf: maßgeschneiderte Polizeifahrzeuge. Sie alle verfügen serienmäßig über ESP®, ABS und BAS. Außerdem sorgen sparsame Dieselmotoren dafür, dass die Einsatzfahrzeuge auch in Sachen Umwelt mit gutem Beispiel vorausfahren.

Ausgewählte Modelle sind auf Wunsch sogar mit alternativem Antrieb erhältlich. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den Haushaltsetat des Innenministers. Mehr Informationen bei Ihrem Mercedes-Benz Partner oder unter [www.mercedes-benz.de/sonderfahrzeuge](http://www.mercedes-benz.de/sonderfahrzeuge)



## Unterstützung für Familien mit Kindern oder Irrweg?



Die heimische Betreuung von Kindern mit 1,2 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt subventionieren oder besser das Geld in den Ausbau von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung investieren? Eine Abwägung des FÜR und WIDER die Einführung des Betreuungsgeldes.

S. 16

## Mit dem Smartphone in die GdP-Länder



Mit Erscheinen dieser DP-Ausgabe ist die GdP-APP 2.0 am Start – mit Zugang zu den 16 GdP-Ländern. Neue Features machen unsere App smarter; auch an einen Schichtplaner wurde gedacht.

S. 20

## Nach Klartext-Studie jetzt Maßnahmen-Katalog



Studien haben eine chronische Überbelastung mit äußerst negativen Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten sowie auch die Aufgabenerfüllung in der Bundespolizei belegt. Nun wurde dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages und dem Bundesministerium des Innern Maßnahmenempfehlungen vorgelegt.

S. 22

<b>KOMMENTAR</b> Böses Erwachen	2
<b>FORUM/NACHRUF</b>	2/3
<b>TITEL/EXTREMISMUS</b> Die Internationale der Salafia Djihadia	4
<b>POLIZEITAGE</b> Sicherheitsarchitektur reformierungsbedürftig	14
<b>ARBEITSSCHUTZ</b> Burn-out muss gestern gewesen sein!	15
<b>BETREUUNGSGELD</b> Unterstützung für Familien mit Kindern oder Irrweg?	16
<b>SOZIALLEISTUNG</b> Mäßiger Erfolg	17
<b>AKTUELLE RECHTSPRECHUNG</b> Bundesverfassungsgericht: Eingetragene Lebenspartnerschaften sind rückwirkend gleichzustellen	18
<b>GdP-APP 2.0</b> Mit dem Smartphone in die GdP-Länder	20
<b>TIPPS</b> GdP-Verkehrsforum-Material im Internet/Tauschbörse	21
<b>BUNDESPOLIZEI</b> Nach Klartext-Studie jetzt Maßnahmen-Katalog	22
Innenausschuss erwartet von Friedrich Lösungen für Bundespolizei-probleme	31
<b>GASTKOMMENTAR</b> Friedrichs Eigentor	31
<b>INTERNETKRIMINALITÄT</b> Schadprogramme verschlüsseln PCs	33
<b>MELDUNGEN</b>	35
<b>BERATUNG</b> Professionelle Hilfe zur Beihilfe	36
<b>JUNGE GRUPPE</b>	38
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	40



## Böses Erwachen

Die Morde an Mitbürgern ausländischer Herkunft, ein Nagelbombenattentat in Köln und der Mord an unserer Kollegin in Heilbronn haben die Sicherheitsbehörden jahrelang nicht mit einer Terrorgruppe aus dem rechtsextremistischen Untergrund in Verbindung bringen können. Ermittlungsspannen und organisatorische Defizite mögen Gründe dafür gewesen

sein – vielleicht aber mehr noch, dass niemand die Vorstellungskraft hatte, aus einer politischen Bewegung könne in Deutschland ein solch monströses Verbrechen erwachsen. Das hat mit Verharmlosung der rechten Szene, die so oft unterstellt wird, nichts zu tun.

Dieses böse Erwachen gab es

schon einmal. Am Morgen des 11. September 2001 musste die Welt fassungslos zuschauen, wie Passagiermaschinen in das World-Trade-Center in New York gesteuert wurden. In diesen Minuten gab es wohl niemanden, der erahnen konnte, dass diese Anschläge in Deutschland geplant und von einer Gruppe islamistischer Studenten der Technischen Universität Hamburg-Harburg ausgeführt wurden, der „Hamburger Zelle“. Aber es gab einen Unterschied: Die Flugzeugentführer gehörten zur islamistischen

Terrororganisation al-Qaida, vor der Geheimdienstexperten in Deutschland mehrfach gewarnt hatten. Diese Warnungen waren nicht ernst genommen worden. Am 1. September 2001, zehn Tage vor den Anschlägen in den USA, erschien DEUTSCHE POLIZEI mit einem ausführlichen Bericht über al-Qaida, das Titelbild zeigte eines der seltenen Aufnahmen des al-Qaida-Anführers Osama Bin Laden. Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt einen jungen Mann, dessen Gesicht keine arabischen Züge trägt. Mag sein: ein Mitläufer. Mag aber auch sein: der Prototyp eines neuen Terroristen – jung, männlich, deutsch, übergetreten zum Salafismus – einer extrem-fundamentalistischen Strömung. Rund 4.000 Salafisten gibt es in Deutschland, 1.500 werden von den Sicherheitsbehörden als gewaltbereit eingestuft. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen Anfang Mai in Bonn und Solingen hatten die Salafisten nach übereinstimmender Auffassung der Innenminister und -senatoren erstmals ihre Fähigkeit zur bundesweiten Mobilisierung und offenen Gewaltausübung, insbesondere mit brutalen Übergriffen auf Polizeibeamte, unter Beweis gestellt. Mit der Verteilung von 300.000 kostenlosen Koran-Ausgaben in Groß- und Klein-Städten sorgten sie für eine kontroverse öffentliche Diskussion. Verfassungsschützer, wie der Chef des Hamburger Landesamtes, Dr. Manfred Murck, warnen seit langem vor der Verfestigung der Organisationsstrukturen der Salafisten. Sie rekrutieren ihre Anhänger im Internet, in Schulen, in Moscheen und Vereinen. Der niedersächsische Verfassungsschutzpräsident, Hans-Werner Wargel sagt gegenüber der „Welt“: „Nicht jeder Salafist kann

mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden. Aber alle, die im Terrorismus gelandet sind, waren vorher Salafisten.“ Für Nicht-Salafisten haben Salafisten nur eine Botschaft: Bekehrung oder Bekämpfung.

Die deutsche Gesellschaft hat eine Chance gegen den Terrorismus, wenn sie zusammen steht. Sie hat eine Chance, wenn die Muslime in Deutschland verstehen, dass der djihadistische Salafismus eine tödliche Gefahr für sie ist. Denn fast mehr noch als die ohnehin „Ungläubigen“ sind die nicht nach dem Glaubensdiktat der Salafisten lebenden Muslime das Ziel ihres Terrors. Auf das Konto islamistischer Terroranschläge gehen weltweit weit aus mehr Todesopfer islamischen Glaubens, als „Ungläubige“.

Nach dem Schock des 11. September 2001 wurden viele Ressourcen aus der Beobachtung der Naziszene in den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus verschoben. Die permanente Personalknappheit auch bei der Beobachtung gewaltbereiter Terrorzellen im politisch-extremistischen und islamistischen Bereich kann schlimmste Folgen haben. Diese bösen Erfahrungen muss man nicht zweimal machen, denn die Politik hat immer die Möglichkeit, auch bei den Sicherheitsbehörden verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

  
Bernhard Witthaut  
GdP-Bundsvorsitzender

## forum

### LESERMEINUNG

#### Zu: Spät, aber nicht zu spät, DP 7/12

Mit Interesse habe ich den Kommentar gelesen. Ich finde, Sie treffen mit Ihrer Einschätzung den Nagel auf dem Kopf. Bleibt zu hoffen, dass möglichst viele Entscheidungsträger in unserem Land diesen

Artikel ebenfalls lesen und vielleicht sogar darauf reagieren. Denn in der Tat dürfen wir Schifffahrt zwar seit einiger Zeit mit drei „f“ schreiben. Aber viele ungelöste wesentliche Probleme unserer Gesellschaft bleiben weiterhin ungelöst.

Bitte bleiben Sie weiterhin so offen und unbequem. Vielleicht bewegt sich ja doch mal etwas bei den wirklich wesentlichen Dingen. **Wolfgang Zenner, Bitburg**

#### Zu: Organspende, DP 8/12

Ein guter Beitrag, ein wichtiges Thema: Wenn plötzlich in der Verwandtschaft oder im Freundeskreis jemand ein Organ benötigt, merkt man beschämt, wie das Thema ständig weggeschoben wurde. Plötzlich fühlt man sich schuldig, weil man sich verweigert hat oder zumindest weil man sich nicht ent-



schieden hat. Es ist nie zu spät, sich für oder gegen eine Organspende zu entscheiden, aber entscheiden sollte man sich und dies kann man durch einen Organspendeausweis dokumentieren. Jeder sollte einen bei sich tragen. **Erich Holtkamp, Emsdetten**

### Zu: Ethik: das beste Fach überhaupt, DP 8/12

Dass Ethik im Polizeiberuf von immenser Bedeutung ist, dürfte dem aufmerksamen Leser spätestens nach Ihrem (Prof. Tobias Trappe, die Redaktion) Artikel klar geworden sein. Obwohl Sie keine Polizeiausbildung genossen und auch den „Sozialisierungsprozess“ der Polizei vom Berufsanfänger zum „vollwertigen“ Einsatzbeamten am eigenen Leib miterleben durften, so scheint es mir, als wüssten Sie nur zu gut, welche Erfolgserlebnisse aber auch Widrigkeiten der Polizeiberuf so mit sich bringt. Ich wünschte mir mehr solcher „Kollegen“ wie Sie in der Lehre, die offen und ehrlich über das berichten, was allgegenwärtig ist und nicht die Augen vor unliebsamen Themen verschließen. Ihr Ansporn sollte auch zukünftig die Formung und vor allem die Sensibilisierung junger Charaktere sein, die im Berufsleben in der Lage sein sollen, gemeinsam schwere Einsätze zu bewältigen, ohne dabei in erster Linie an ihr eigenes Vorankommen zu denken. Ihre selbst kreierte Eidesformel trifft voll und ganz zu, doch es liegt an jedem selbst, was er aus ihr für Lehren zieht. Denn bei alledem darf nicht unerwähnt bleiben, dass wir uns doch alle weitestgehend bewusst für diesen Beruf entschieden haben und uns niemand dazu zwingt. Schließlich möchte ich mit einem Zitat von Hans Kruppa und meinem ganz persönlichen Lebensmotto schließen: „Wirklich reich ist, wer mehr Träume in seiner Seele hat, als die Realität zerstören kann.“ **Daniel Käbisch, Landesjugendkontrollausschuss Berlin**



Es wurde schon lange nötig, dass ein solcher Bericht erscheint und dieses Fach gelehrt wird. Bemerkenswert möchte ich, dass ich schon vor meinem Eintritt in die Polizei HH mit dem Herrn Gevatter in Berührung kam. In meiner Zeit als aktiver Polizeibeamter war er ein fast ständiger Begleiter im Dienst. Ich fühlte mich überfordert bei der Überbringung von Todesnachrichten an die Angehörigen. Ob

ich meine Sache mit Geschick herübergebracht habe – wollen wir es einmal so salopp sagen – können nur die Hinterbliebenen beantworten. Die Bearbeitung der Todesermittlung bis zur Übergabe habe ich ohne Probleme abarbeiten können.

**Eberhard Sussiek, per E-Mail**



Zunächst einmal ein großes Lob für den Mut, „Ethik in der Polizei“ zu thematisieren. Der Artikel von Professor Tobias Trappe ist sicherlich informativ und hilfreich, den Stellenwert in der Polizeiausbildung zu analysieren; er befasst allerdings nur im Ansatz mit der Frage, inwieweit Ethik polizeiliches Handeln in Deutschland beeinflusst. Es ist sicherlich unstrittig, dass seit der Einrichtung länderübergreifender Polizeiorganisationen, die Anforderungen an die ethische (und auch an die moralische) Einstellung der Angehörigen im Polizeidienst einen wichtigen Teil des Berufsbildes darstellen.

Ist eine Polizeiorganisation politisch beeinflussbar und/oder korrupt, wird sie nicht in der Lage sein, ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. So wird zu Recht von allen Repräsentanten der Polizei erwartet, dass sie nach ethisch „richtigen“ Grundlagen handeln, also die Fähigkeit besitzen, „gut“ und „böse“ und „falsch“ und „richtig“, zu erkennen und anzuwenden.

Sicherlich wird die Unterrichtung in der

wissenschaftlichen Disziplin, genannt „Polizeiethik“, hier einen sehr großen Beitrag dazu leisten können. Aber auch andere Institutionen, wie zum Beispiel die International Police Association (IPA), deren Zielsetzung sich ausschließlich an humanitären und ethischen Zwecken orientiert, leisten bereits durch die Anwendung der Grundidee „Servo per amikeco“ („Dienen durch Freundschaft“) einen wesentlichen Beitrag, Ethik im Polizeidienst zu „installieren“.

**Hans-Georg Backhoff, Braunschweig**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de

## Nachruf

### Olaf Kühl verstorben



Voller Trauer zeigt sich der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei über den völlig überraschenden Tod des mecklenburg-vorpommerschen Kollegen Olaf Kühl am 15. August 2012. Polizeidi-

rektor Kühl, Leiter der Polizeiinspektion Anklam, wurde nur 45 Jahre alt. Seinen Hinterbliebenen drückt der GdP-Bundesvorstand sein tiefes Mitgefühl aus.

Seit Ende 2000 war Olaf Kühl Mitglied des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei. Als Sicherheitsbeauftragter im Landesfußballverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. verfügte er über fundierte Kenntnisse der Fußballfanszene in Rostock und war der GdP ein gefragter Ratgeber im Themenbereich „Sicherheit bei Fußballspielen“.

Der GdP-Bundesvorstand würdigt Olaf Kühl als hoch geschätzten und kompetenten Kollegen, der sich über das übliche Maß hinaus den gewerkschaftlichen Zielen verbunden fühlte.

Die GdP wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Der Bundesvorstand**



# Die Internationale der Salafia Djihadia

## „Heilige Krieger“ der „frommen Altvorderen“ und ihre Strategie der Gewaltanwendung gegen „Ungläubige“

Von Berndt Georg Thamm

**Elf Jahre sind seit den Terroranschlägen des 9/11 der al-Qaida vergangen, deren Begründer und Führer Osama Bin Laden am 1. Mai letzten Jahres den Tod fand. Die Gefahren, die vom religiös-motivierten Terrorismus ausgehen, sind dennoch nicht geringer geworden. Das Jahr 2012 ist da keine Ausnahme.**

So begann im Januar vor dem Strafsenat des Berliner Kammergerichts der Prozess gegen einen Deutsch-Türken (26) und einen Österreicher (22), zwei mutmaßliche Gründer der Deutschen Taliban Mudjaheddin (DTM).

Zeit, bis der Dihad die deutschen Mauern einreißt ...“<sup>2</sup>

Anfang Februar verhängte der Zentrale Gerichtshof Old Bailey in London gegen zwei 24 und 28 Jahre alte deutsche Konvertiten Haftstrafen von 12 und 16

Monaten. Die beiden Salafisten aus Solingen hatten bei ihrer Einreise islamistische Propagandaschriften sowie Anleitungen zum Bombenbau mit sich geführt<sup>3</sup>.

Im März ermordete in Frankreich ein 24-jähriger sich zur al-Qaida bekennender Salafist sieben seiner Landsleute und suchte nach seiner Bluttat den „Märtyrertod“. Im April drohte eine islamistische Website der Bundeskanzlerin mit Anschlägen in Berlin, wenn diese nicht die Freilassung einer „muslimischen Gefangenen“ bewirken würde<sup>4</sup>. Vor



Unmissverständlich war ihre Drohung per Videobotschaft: „Deutschland befindet sich im Krieg ... Euer Sicherheitsgefühl ist nur Illusion und es ist nur eine Frage der

**Salafisten hatten sich zur Kundgebung „1. Islamistischer Friedenskongress“ versammelt. Wenige hundert Meter entfernt protestierten Anhänger der rechtsextremen Splitterpartei Pro NRW gegen die Aktion. Die Gruppen wurden durch die Polizei voneinander getrennt.**

**Foto: Sacha Schuermann/dapd**



„Bei der Salafia-Bewegung handelt es sich um eine Massenorganisation, ein nahezu weltumspannendes Netzwerk, das entsprechendes Gedankengut verbreitet. Den Salafia-Anhängern geht es darum, die Welt nach den Vorgaben der Scharia zu gestalten. Dabei wird das westliche Konzept von Demokratie und Menschenrechten als unislamisch abgelehnt“.

Marwan Abou-Taam,  
Islam & Politikwissenschaftler,  
August 2011<sup>1</sup>

dem Hintergrund des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes gingen Anfang Mai in Solingen gewaltbereite Salafisten auf die Polizei los, als bei einer Wahlkampfveranstaltung Anhänger der rechtspopulistischen Gruppe „Pro NRW“ Mohammed-Karikaturen hochhielten. Wenige Tage später griffen in Bonn salafistische Gegendemonstranten Polizisten an. Zwei Beamte wurden durch Messerstiche schwer verletzt<sup>5</sup>. Mitte Juni lieferten sich in Tunis Hunderte Salafisten Straßenschlachten mit der Polizei. Auslöser der Krawalle war eine Kunstausstellung in einem Vorort der Hauptstadt Tunesiens, die nach Ansicht der Islamisten Muslime beleidigte. Aus Sorge vor weiteren Unruhen wurde eine nächtliche Ausgangssperre für Tunis und sieben Ballungsgebiete verhängt<sup>6</sup>. Mitte Juli lieferte die Türkei einen im Oktober 2009 untergetauchten Islamisten nach Deutschland aus. Der Konvertit (31) gilt als einer der führenden Köpfe der deutschen Salafisten-Szene. Er soll junge Islamisten für den Dschihad in Afghanistan angeworben haben<sup>7</sup>. Anfang August wurde bei einer Razzia des Hauptzollamtes Potsdam und des Brandenburgischen LKA gegen illegale Beschäftigte auf der BER Flughafen- Baustelle auch ein Berliner Islamist aufgegriffen. Der 21-jährige Salafist – von der Polizei als „Gefährder“

eingestuft – arbeitete am neuen Airport als Objektschützer für ein privates Sicherheitsunternehmen. Der Konvertit soll beste Kontakte zu führenden Salafisten in der Hauptstadt haben.

Die Entwicklung erschreckt, kommt aber nicht überraschend. Schon im April 2011 warnten BKA-Experten in einem Dossier, dass salafistische Milieus „ein vielversprechendes Umfeld für djihadistische Agitation und Rekrutierung“ darstellen würden. Von der Ausbreitung salafistischer Netzwerke könnten, so die Analyse, „terroristische Gewaltaktivisten profitieren“<sup>8</sup>. Was verbindet nun den djihadistischen Salafismus mit dem Dschihad-Terrorismus der al-Qaida-Bewegung? Und wie gefährdet ist Deutschland mit seinen europäischen Nachbarn? Der nachstehende Beitrag versucht die Entwicklungsgeschichte bedrohlicher Zusammenhänge zu skizzieren.

## Salafia – „Zurück-zu-den-Wurzeln“-Bewegung

Der arabische Begriff „salafia (sala-fiyya)“ bezeichnet eine von mehreren muslimischen intellektuellen Ende des 19. Jahrhunderts vertretene Richtung des Reformislams, welche sich an dem gottgefälligen Leben der Gefährten des Prophe-

Als Erneuerungsbewegung verwirft sie jede „Neuerung“, die in Jahrhunderten islamischer Geschichte hervorgebracht wurde – Philosophie, Musik, Literatur, Poesie – für Salafisten „Werke des Teufels“. Wohl kann die idealisierte islamische Urgesellschaft des 7. und 8. Jahrhunderts nicht wiederhergestellt werden, doch kann an den „Geist“ der Altvorderen angeknüpft werden, um eine der Gegenwart angemessene Ordnung zu errichten<sup>9</sup>. Vor diesem Hintergrund grenzen sich Salafisten als die „wahrhaft Gläubigen“ (mu‘minun) scharf von vermeintlichen „Ungläubigen“ (Kuffar) ab, zu denen sie sowohl Nicht-Muslime als auch andersgläubige Muslime (und bei diesen jede Form der Volksreligion) zählen. Nichtsalafisten sollen bekehrt – oder bekämpft werden. Der Islamwissenschaftler Guido Steinberg unterscheidet drei Typen salafistischer Gruppierungen. Erstens die Puristen, denen es „(zunächst) lediglich um die reine Lehre des Islam und ein gottgefälliges/islamkonformes Leben von Individuum und Gesellschaft geht“. Zweitens die politischen Salafisten; diese „verbinden die Forderung nach einer Einführung der Scharia und einem gottgefälligen Leben mit einer deutlich politischen Agenda“, fordern einen „auf korrekter Islaminterpretation basierenden islamischen Staat“. Drittens die djihadistischen Salafisten für die „der zum Heiligen Krieg überhöhte

bewaffnete Kampf im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns steht“<sup>10</sup>. Welche Gefahren mit salafistischen Bestrebungen verbunden sind, beschreibt der Verfassungsschutz Berlin in seinem Bericht 2011 mit deutlichen Worten: „Ziel von politischen und djihadistischen Salafisten ist die vollständige Umgestaltung von Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft nach einem salafistischen Regelwerk, das als gottgewollte Norm angesehen wird. Sie streben die Errichtung einer islamistischen Ordnung an, in der wesentliche Verfassungsprinzipien des deutschen Grundgesetzes keine Gültigkeit haben sollen. Die parlamentarische Demokra-



ten Muhammad und seinen Nachkommen (Gesellschaft des Ur-Islam), eben an den „frommen Altvorderen“ (as-salaf as-salih, daher der Begriff Salafismus) orientiert.

stischen Ordnung an, in der wesentliche Verfassungsprinzipien des deutschen Grundgesetzes keine Gültigkeit haben sollen. Die parlamentarische Demokra-



tie soll als vermeintlich unislamisch und unvereinbar mit der Idee einer Gottes-herrschaft abgeschafft werden<sup>11</sup>.

### Salafia Djhadia

Auf der arabischen Halbinsel etablierte der Beduinenstamm der Sauds im 18. Jahrhundert die Ordnung des Islamreformers al-Wahhab, die eine Reinigung der seiner Ansicht nach verderbten mus-

heiligen Stätten, die große Moschee in Mekka besetzte und die dortigen Pilger als Geiseln nahmen. Mit dieser Aktion war die größte anzunehmende Katastrophe der Welt des sunnitischen Islam Wirklichkeit geworden. Es dauerte zwei Wochen, bis die salafistischen Besetzer überwältigt werden konnten. Ihr Anschlag auf Mekka war der erste islamistische Terrorakt der Moderne<sup>13</sup>. Der sich zeitlich unmittelbar danach anschließende Afghanistankrieg (Dezember 1979 - Februar 1989) wurde

on, eben als „al-Qaida al-Askarija“ (die militärische Basis). Als meistgesuchter Dihad-Terrorist fand er dreiundzwanzig Jahre später in der nordpakistanischen Garnisonsstadt Abbottabad in der Nacht vom 1./2. Mai 2011 in der Operation „Neptun Spear“ durch ein US-Navy Seal Team den Tod (Codewort „Geronimo“)<sup>15</sup>. Bei der Erstürmung des Bin Laden-Domizils erbeuteten die Seals auch dessen etwa 6.000 Seiten umfassenden Aufzeichnungen. Ein Jahr später gab Anfang Mai 2012 das Combating Terrorism Center (CTC) der US-Militär-Akademie Westpoint die ersten 17 ausgewerteten Dokumente (aus den Jahren 2006-2011), knapp 200 Seiten frei. In diesem CTC-Report<sup>16</sup> wurde auch die Debatte zur Umbenennung seines Netzwerkes veröffentlicht. Weil vom eigentlichen Titel „al-Qaida al-Dihad“ (Basis des Heiligen Krieges) im Westen nur der vordere Teil verwendet wurde, drohe der religiöse Aspekt verloren zu gehen, schrieb Bin Laden in seinen Tagebucheinträgen und schlug als eindeutigeren Namen „Jama‘at I‘Adat al Khilafat al Rashida“ (Gemeinschaft für die Wiederherstellung des rechtgeleiteten Kalifats) vor<sup>17</sup>. Diese Idee des al-Qaida-Führers war schon vor Jahren bei nicht wenigen Salafisten auf fruchtbaren Boden, auf nordafrikanischen Boden gefallen.

### Salafia Djhadia International – made in Africa

Zu Tausenden waren die Freiwilligen aus den muslimischen Ländern des Fernen Ostens, Zentralasiens, des Mittleren Ostens sowie Nord- und Ostafrikas nach Afghanistan gekommen, um ihre Glaubensbrüder im Dihad zu unterstützen. Allein 2.500 junge Männer aus Algerien waren so Teil der transnationalen Bewegung gegen den Unglauben geworden. Geprägt von der salafistisch-dihadistischen Transformation am Hindukusch kehrten nach dem Ende des Krieges viele Kämpfer zurück in ihre Heimatregionen – im Laufe der Jahre bis zu 5.000 allein nach Afrika, insbesondere in den Maghreb. Hier wurde in Algerien schon im September 1989 mit der FIS (Front Islamique du Salut = Islamische Heilsfront) die erste islamistische Partei in einem arabischen Land offiziell zugelassen. Diese forderte die Errichtung eines authentischen islamischen Staates, die mit der Einführung der Scharia verbunden wurde. Der Erfolg der FIS im März 1992 wurde ihr durch ein Betätigungsverbot genommen. In der Folge nahmen dafür nun „bewaffnete



**Polizisten am 14.6.2012 in Köln vor dem Wohnhaus des Kölner Predigers Ibrahim Abou Nagie. Mit groß angelegten Razzien sind Polizei und Justiz gegen radikale Salafisten in ganz Deutschland vorgegangen. Foto: Oliver Berg/dpa**

limischen Praktiken und Glaubensinhalte anstrebte. Bis heute ist die strenge Lehre der Wahhabiten die vorherrschende religiöse Richtung in Saudi-Arabien. Dennoch bildete sich hier in den 60er-Jahren eine Erneuerungsbewegung, eine „salafistische Gruppe, die das Gute gebietet und das Böse verbietet“ (al- Dschama‘a as salafiya al-muhtasiba)<sup>12</sup> die – wie einst die religiös-fundamentalistische Bewegung des Predigers al-Wahhab – quasi erneut eine „Reinigung“ der saudischen Gesellschaft und die Entwicklung von Alternativen zu anderen aktivistischen Gruppierungen anstrebte. Diese salafistische Bewegung verbreitete sich in den 70er-Jahren. Aus ihr ging die Gruppe saudischer Glaubenskämpfer hervor, die am 20. November 1979 die bedeutendste aller

zum großen ersten Dihad der Moderne – im Grunde genommen zur „Mutter aller heiligen Kriege“ der Neuzeit. Der Zustrom von mindestens 35.000 freiwilligen Kämpfern aus über 40 islamischen Ländern verwandelte sich am Hindukusch in eine breitere, transnationale Bewegung, die sich selber als salafistisch-dihadistisch (salafiya-jihadiya) definierte<sup>14</sup>. Die Rahmenbedingungen für den Prozess dieser Transformation wurden vom Widerstand afghanischer Glaubenskämpfer (Mudjaheddin) gegen die Invasion sowjetischer „Gottloser“ gestellt.

Zum Ende dieses Dihad gründete der saudische Kriegsfreiwillige Osama Bin Laden 1988 im pakistanischen Peschawar al-Qaida als eine wehrhafte Organisati-



Arme“ der Islamisten den Kampf gegen die algerische Regierung auf. Der radikalste unter diesen Fundamentalisten war die im April 1992 gegründete GIA (Groupe Islamique Armé = Bewaffnete Islamische Gruppe). Den harten Kern der GIA stellten Veteranen des Afghanistankrieges. Deren Terroraktionen trafen im Bürgerkrieg des Landes vornehmlich die Zivilbevölkerung. Zwischen 1992 und 2002 fanden rund 150.000 Menschen in Algerien den Tod. Im Streit darüber, ob auch Zivilisten legitime Ziele von Attentaten sein können, spaltete sich von der dafür votierenden GIA eine Gruppe namens GSPC (Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat = Salafistische Gruppe für Verkündigung und Kampf) ab, die nun vornehmlich Sicherheitskräfte und Regierungsstellen des Landes als legitime Ziele bekämpfte – und vor diesem Hintergrund als einzige Gruppe ein Amnestieangebot der Regierung 2005 ablehnte. Anfang 2007 gründete die GSPC zusammen mit der marokkanischen „Salafia Jihadia“ und weiteren salafistisch-djihadistischen Gruppierungen einen Dachverband – die „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (AQIM). Noch im selben Jahr soll sich dem nordafrikanischen Verbund auch die „Libysche Islamische Kampfgruppe“ (LIFB) angeschlossen haben, die einst von zurückgekehrten „libyschen Afghanen“ gebildet worden war.

Mit der Gründung der AQIM wurden auch wieder Zivilisten zum Ziel von Anschlägen. Der salafistisch-djihadistisch geprägte neue Dachverband hatte auch eine neue Strategie: Djihadisten aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen, aber auch aus den westafrikanischen Nachbarstaaten Mauretanien, Mali und Niger gingen gemeinsam gegen (zuerst vornehmlich arabische) Regime vor, die „ihre Religion und ihr Volk verraten hatten“.

### Salafia Djihadia Africa – neue Weg- und Jihad-Gefährten

Für diese afrikanische „Salafia Djihadia International“ wurde in den letzten Jahren die gesamte Sahelzone zum Rückzugs- aber auch Operationsgebiet, von Mauretanien im Westen bis zum Tschad im Osten. Zum wichtigsten Stützpunkt der AQIM wurde der Norden Malis, wo auch Trainingslager für militante Islamisten eingerichtet wurden. In den neuen, submaghrebinischen Regionen traf die AQIM auf neue, nichtarabische Weg- und Jihad-Gefährten.

### AQIM und Islamistische Tuareg (Ansar ad-Din)

Zwischen dem 11. und 12. Jahrhundert hatten die „Herren der Sahara“ am Rande der Wüste eine Karawanenstadt gegründet – Timbuktu. Diese „Perle der Wüste“ war lange Zeit geistiges Zentrum des Islam. Viele ihrer Moscheen, Friedhöfe und Mausoleen zählen seit 1988 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Seit Mai 2012 wird dieses Erbe von djihadistischen Salafisten zerstört. Die UNESCO setzte das so bedrohte Welterbe auf die „rote Liste“ und die Leiterin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, Fatou

(nichtarabischen) Berbern abstammenden Nomadenvolkes der Tuareg<sup>19</sup> (rund 1,5 Millionen) ist seit dem Ende der Kolonialzeit auf fünf Staaten (Mali, Niger, Algerien, Burkina Faso und Libyen) verteilt. Seit über einem halben Jahrhundert streben diese nach Autonomie, kämpfen temporär für einen eigenen Staat. Schon vor Jahrzehnten versprach ihnen Libyens Revolutionsführer dafür Hilfe. In der Folge verdingten sich Tuareg aus Niger und Mali als Krieger in Libyen. In Gaddafis Diensten kämpften seither Tuaregs als Sturmtruppen im Tschad, unterstützten die Befreiungsfront der Westsahara und standen an Seiten der PLO im Libanon<sup>20</sup>. Seit 2008 unterstützten sie als Söldner



**Berlins Innensenator Frank Henkel warnte vor einem Anwachsen der radikal-islamistischen Salafisten-Szene bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2011 am 6. Juni 2012 im Abgeordnetenhaus: „Wir müssen damit rechnen, dass die Szene stärker wird.“**

**Foto: Clemens Bilan/dapd**

Bensouda, sprach vor dem Hintergrund der Zertrümmerung dieser Kulturstätten gar von Kriegsverbrechen<sup>18</sup>. Die Sicht der „Kriegsverbrecher“ ist eine andere. Sie führen einen legitimen Jihad gegen „Gotteslästerer“, die in den Mausoleen begrabene Gelehrte als Stadtheilige verehren. Diese Tradition des nordafrikanischen Volksislam ist in den Augen salafistischer Sittenwächter unislamisch, gilt für sie doch die Anbetung von Heiligen als Götzendienst, die Totenverehrung als Sünde. Motiv und die Art der Zerstörung erinnern an die Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamiyan (Afghanistan) durch die Taliban 2001. Heute scheint der Norden Malis talibanisiert, die Sahelzone zum „Afghanistan“ islamistischer Tuareg zu werden. Das Siedlungsgebiet des von

die libysche Armee, suchten zuletzt im „Arabischen Frühling“ die Niederlage Gaddafis zu verhindern. Nach dessen Entmachtung verließen bis zu 2000 malische Tuareg hochbewaffnet (einschließlich tragbarer Raketensysteme) Libyen. Im Oktober 2011 trafen die Ex-Söldner im Norden Malis auf Tuareg-Rebellen. Wenig später entstand die MNLA (Mouvement national pour la libération de l’Azawad = Nationale Bewegung für die Befreiung Azawads) – wobei Azawad für einen zu gründenden Staat der Tuareg stand. Im Januar 2012 begannen die säkularen Tuareg-Nationalisten mit der militärischen Großoffensive, der sich islamistische Tuareg eines Stammes aus dem gebirgigen Grenzgebiet zu Algerien anschlossen, Kämpfer der „Ansar ad-Din“



(Verteidiger des Glaubens). Diese waren mit der AQIM verbunden, sowohl durch geographische Nähe als auch durch den djihadistischen Salafismus. Drei Monate später kontrollierten die Rebellen mit den drei Nordprovinzen Malis ein Gebiet, das größer als Frankreich war. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy warnte Mitte April vor der Entstehung eines „terroristischen oder islamistischen Staates“ in der Sahelzone<sup>21</sup>.

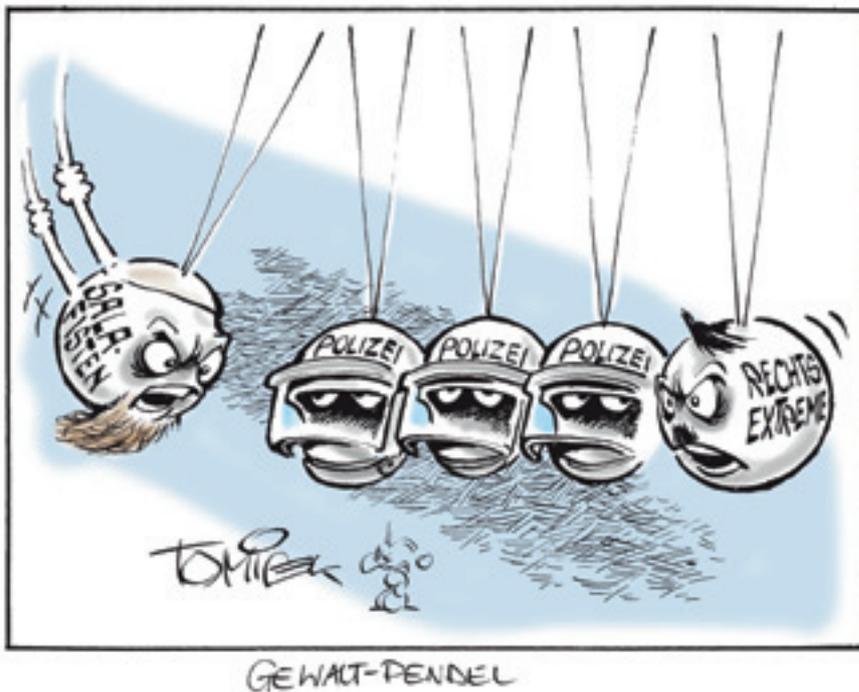
Am 26. Mai einigten sich MNLA und Ansar ad-Din auf einen Zusammenschluss ihrer Organisationen und die Gründung der Islamischen Republik Azawad. Streitpunkt unter ihnen blieb der religiöse Charakter des von ihnen geplanten Staates, strebte die Ansar ad-Din doch die Errichtung eines Gottesstaates für ganz Mali an. Es kam zum Zerwürfnis. Kontrollierte die MNLA das Straßennetz, beherrschen die djihadistischen Salafisten der Ansar ad-Din und des AQIM-Ablegers „Bewegung für Einheit und Djihad in Westafrika“ (MUJAO) bald die Städte und setzen hier die Scharia durch. Islamische Gerichtshöfe übernahmen die Rechtsprechung, Banken wurden zerstört, Alkohol, Zigaretten, Musik, Filmvorführungen und das Tragen westlicher Kleidung wurden verboten, „unmoralisches Verhalten“ bestraft. In Timbuktu, der „Stadt der 333 Heiligen“, wurde die Heiligenverehrung als Blasphemie mit der Zerstörung der Gelehrtengräber bestraft. Bis Mitte Juli war die Hälfte der kulturell bedeutenden 16 Mausoleen zerstört worden<sup>22</sup>. Und wie seinerzeit die Taliban in ihrem Emirat Afghanistan der al-Qaida die Einrichtung von Militärcamps gestatteten, ist heute in Nordmali eine analoge Entwicklung zu beobachten. „Mali“, warnte im Juni Mahamadou Issoufou, Präsident von Niger, „ist dabei, Afrikas Afghanistan zu werden“<sup>23</sup>. Demnach bilden afghanische und pakistanische Experten Kämpfer aus ganz Westafrika in „terroristischen Trainingslagern“ aus<sup>24</sup>. Vor diesem Hintergrund der „Afghanisierung der gesamten Sahel-Region“ befürchtet der Leiter des Zentrums für strategische Studien in Alger, Mhand Berkouk, dass der neue Staat Azawad eine Heimat für Terroristen aus aller Welt werden könnte<sup>25</sup>.

### AQIM und Islamistische Somalis (al-Shabaab)

Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Sudan Djihad-Geschichte geschrieben, wurde doch hier zum Missfallen europäischer Kolonialmächte ein Gottesstaat (Mahdi-

Kalifat 1885-97) errichtet<sup>26</sup>. Auf den Spuren der Mahdisten hieß einhundert Jahre später eine islamistische Junta Osama Bin Laden in Khartoum willkommen. Dieser gab in seinem sudanesischen Exil von 1992 bis 1996 seiner al-Qaida nicht nur Struktur, er knüpfte von dort aus auch Kontakte zu gleichgesinnten Radikalen in Ostafrika, insbesondere in Somalia, wo seit 1991 Bürgerkrieg herrschte. Anfang jener Dekade stand die al-Qaida wohl auch Pate

und tschetschenische Kämpfer sein<sup>29</sup>. In ihren Ausbildungscamps werden rund 100 Djihadisten aus westlichen Staaten vermutet, so aus den USA, England und Schweden, aber auch aus Deutschland, wo Somali-Milizionäre schon länger Anhänger für ihre Sache rekrutieren. Analog zu den Deutschen Taliban Mudjaheddin am Hindukusch soll es bereits vor ein paar Jahren eine militante Gruppe gegeben haben, die sich „Deutsche Schabab“ nann-



bei der Gründung der somalischen Fundamentalistengruppe AIAI (al-Ittihad al-Islamy = Einheit des Islam). Im Jahr 1996 verließ Bin Laden den Sudan Richtung Afghanistan und die AIAI etablierte in den von ihr kontrollierten Gebieten ein Rechtssystem. Mitten im Chaos des Bürgerkrieges übten nun Gerichtshöfe der „Islamic Courts Union“ (ICU) Recht nach den Grundlagen der Scharia aus. Den Zerfall einer radikal salafistisch-islamistischen Avantgarde<sup>27</sup> nutzend, schuf der radikale Flügel der ICU sich 1998 mit der „Harakat al-Shabaab al-Mudjaheddin“ (Bewegung der Mudjaheddin-Jugend) einen bewaffneten Arm. Zehn Jahre später strebte eine erstarkte, religiös-radikalisierte al-Shabaab die Errichtung eines Islamistischen Staates am Horn von Afrika mit strenger Scharia-Auslegung an. Sie versteht sich als Teil des globalen Djihad der al-Qaida-Bewegung, der sie im Februar 2012 formell beitrug<sup>28</sup>. In den Reihen ihrer 3.000 bis 7.000 Milizionäre sollen auch pakistanische, afghanische

te<sup>30</sup>. Die neuen Bewegungen beschrieb BND-Präsident Gerhard Schindler Mitte April 2012: „Früher war Waziristan im Grenzgebiet von Pakistan zu Afghanistan das wohl wichtigste Ziel deutscher Konvertiten. Jetzt wird Somalia zu einem neuen Hotspot“<sup>31</sup>. So wurde ein deutscher Islamist wegen Bombenanschlägen in Kenia von der dortigen Polizei gesucht. Wegen seiner Verbindungen zur al-Shabaab wurde der aus Wuppertal stammende Emrah E. am 10. Juni 2012 in Tansania festgenommen und acht Tage später den deutschen Behörden überstellt<sup>32</sup>. Einen Monat zuvor war die Polizei Kenias mit einem Fahndungsfoto des deutschen Salafisten Andreas Khaled M. an die Öffentlichkeit gegangen. Der aus einer gut bürgerlichen Familie stammende gelernte Industriemechaniker hatte sich nach seiner Konversion so radikalisiert, dass er sich 2011 Richtung Ostafrika aufmachte. Der 40-Jährige Konvertit aus Bonn<sup>33</sup> gehört zu einer Handvoll Deutscher, die sich in somalischen Ausbildungs-Camps von



der al-Shabaab zu Dihadisten trainieren lassen. Ein Angebot, das auch junge Nigerianer annahmen.

### **AQIM und Islamistische Nigerianer (Boko Haram)**

Nigeria ist der bevölkerungsreichste Staat Afrikas. Von fast 160 Millionen Einwohnern sind schätzungsweise rund 40 Prozent Christen, die hauptsächlich im Süden des Landes leben; und 50 Prozent meist im Norden lebende Muslime. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) fielen seit dem Jahr 2000 über 10.000 Christen der „religiös“ geprägten Gewalt in den zwölf islamisch geprägten Bundesstaaten des Landes zum Opfer. In den letzten Jahren war dafür insbesondere eine muslimische Extremistengruppe verantwortlich, deren Kämpfer mit ihrer „Strategie der Zerstörung des Zusammenlebens der Religionen durch terroristische Aktionen“ die Gesellschaft zu spalten suchen. Die Bevölkerung nannte sie „Boko Haram“<sup>34</sup>. Boko steht in der afrikanischen Sprache Hausa für vom Westen gebrachte „Bücher (Bildung) sind Sünde“. Haram heißt verboten. Die 2002/2003 gegründete Gruppe hat zum Ziel die Errichtung eines Emirats Nordnigeria. Der Versuch der Regierung, die Islamistensekte, die sich selbst „Jama’atu Ahlis Sunna Lidda’awati wal-Jihad“ (Personen, die die Lehren und den Dihad des Propheten weitertragen) nennt, militärisch zu zerschlagen, schlug fehl. Nachdem der Sektengründer 2009 in Polizeigewahrsam eines gewaltsamen Todes starb, radikalisierte sich Boko Haram, deren Kämpfer schon im Gründungsjahr in Mauretanien und später Algerien ausgebildet wurden. Algerische Salafisten der AQIM sollen den Nigerianern Kampftaktiken und den Bau von Sprengsätzen beigebracht haben und wahrscheinlich wurden bereits 2007 Boko Haram-Funktionäre in Terrorcamps der al-Qaida am Hindukusch ausgebildet<sup>35</sup>. Ihr heutiger Führer, Scheich Abubakar Imam Shekau, erklärte in einem Youtube-Video erst Anfang dieses Jahres, dass Boko Haram zur al-Qaida gehöre<sup>36</sup>. Vor dem Hintergrund terroristischer Bündnispolitik macht Westafrika mobil. Da die Sekte die Stabilität der Region gefährde, beschlossen Anfang Mai Nigeria, Kamerun, Niger, Tschad und die Zentralafrikanische Republik ein gemeinsames Vorgehen gegen die Islamisten<sup>37</sup>. Diese arbeiten mittlerweile in einem wichtigen Erwerbszweig der Dihad-Finanzierung zusammen – im „Entführungsgeschäft“.

### **Religiöser Terror – Menschenraub, Erpressung, Mord**

In den vergangenen Jahren hat die AQIM durch Entführungen von Europäern schätzungsweise 130 Millionen Dollar Lösegeld erpresst. Die militanten Islamisten sollen dabei mehr als 50 Personen „aus westlichen Ländern“ in Mali, Niger und Mauretanien entführt oder von anderen kriminellen Gruppen verkauft bekommen haben. Im Norden Nigerias sind nicht wenige Arbeiter „aus dem Westen“, aber auch aus Indien, China und dem Libanon beschäftigt, was die Region für die Entführer interessant macht<sup>38</sup>.

### **Salafia Dihadia – Tod einer deutschen Geisel in Nigeria**

Am 20. Januar 2012 wurden in der nordnigerianischen Millionenmetropole Kano mindestens 185 Menschen Opfer von bis zu 50 fast zeitgleich explodierenden Bomben. In einer auf Youtube veröffentlichten Tonbotschaft übernahm Boko-Haram-Führer Shekau dafür die Verantwortung und kündigte weitere Gewalttaten in Nigeria an. Sechs Tage nach dieser koordinierten Anschlagsserie wurde in einem Vorort von Kano ein deutscher Ingenieur des Bauunternehmens Bilfinger Berger entführt – wahrscheinlich von Boko Haram, die den Deutschen später an die AQIM „überstellte“. Fast acht Wochen später bekannte sich die AQIM zur Geiselnahme. In einem von der mauretanischen Internetagentur ANI Ende März veröffentlichten Video war der verschleppte Edgar Fritz R. mit hinter dem Rücken gefesselten Händen zu sehen, umringt von verummten und bewaffneten Kämpfern, und bat die Bundesregierung, sich für seine Freilassung einzusetzen. In einem zusätzlichen Bekenner schreiben forderte die AQIM für die Freilassung des Ingenieurs die Entlassung einer Islamistin aus einem Gefängnis in Deutschland<sup>39</sup>. In ihrem Schreiben warnten die Dihad-Terroristen auch vor einem Befreiungsversuch: Sollte die Frau nicht freikommen, drohe dem Deutschen das gleiche Schicksal wie einem Italiener und einem Briten, die zuvor im Nordwesten des Landes zu Geiseln wurden. Bei einem Befreiungsversuch einer britischen Spezialeinheit zusammen mit nigerianischen Soldaten Anfang März waren sie getötet worden. Als am 31. Mai eine militärische Sondeinheit versuchte, in Kano hochrangige Boko-Haram-Mitglieder festzunehmen,

wurde der gefesselte Ingenieur von seinen Kidnappern ermordet<sup>40</sup>. Fünf Wochen zuvor war die zuletzt in einem Gefängnis in Schwäbisch Gmünd einsitzende Islamistin freigelassen worden, nachdem sie zwei Drittel der Strafe verbüßt hatte<sup>41</sup>. Die Schuld am Tod der Geisel gab Boko Haram Anfang Juni der Bundesregierung. Diese war acht Wochen zuvor von einer islamistischen Website bedroht worden. Wohl um der Freilassung der Geisel Nachdruck zu verleihen, wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang April in einer Erklärung aufgefordert, sie solle aus den Anschlägen des Serienattentäters Mohamed Merah in Frankreich<sup>42</sup> „lernen“.

### **Salafia Dihadia in Toulouse – Frankreich unter Schock**

In Izar, einem Viertel im Norden von Toulouse, war Mohamed Merah (\* 10. Oktober 1988) zusammen mit vier Geschwistern aufgewachsen. Der Polizei war er seit 2005 durch Kleinkriminalität bekannt, die auch zu Gefängnisstrafen führten. Sowohl die Armee als auch die Fremdenlegion hatten seine Bewerbungen abgelehnt. Der algerisch-stämmige Muslim gehörte einer salafistischen Gemeinde an und galt als Mitglied der erst im Januar verbotenen islamistischen Gruppe „Forsane Alizza“ (Ritter des Stolzes), die die ihrer Meinung nach islamophobe Stimmung in Frankreich öffentlich anprangerte<sup>43</sup>. Auf eigene Faust war er nach Afghanistan und Pakistan gereist, war dementsprechend den Geheimdiensten seines Landes DCRI (Inland) und DGSE (Ausland) bekannt. Vom Hindukusch war er erst im Oktober 2011 zurück nach Frankreich gekommen. Nur fünf Monate später exekutierte er sieben seiner Landsleute innerhalb von acht Tagen mit Pistolenschüssen. Seine Mordtaten nahm er mit einer mit Gurten über der Brust befestigten Videokamera auf. Am 11. März 2012 verlor Imad Ibn Ziaten (30), Soldat des 1. Luftlande-Versorgungsregiments in Toulouse sein Leben. Ihm folgten in Montauban am 15. März mit Mohamed Legouad (24) und Abel Chennouf (25) zwei Soldaten des 17. Luftlande-Pionierregiments. Zwei der drei Fallschirmjäger waren maghrebinischer Herkunft und zum Teil im Einsatz in Afghanistan gewesen. Merah plante ursprünglich weitere Soldaten zu töten, ging dann aber nach einem „Ausweichplan“ gegen ein soft target vor. Am 19. März wurde im Zentrum von Toulouse das jüdische Lycée „Ozar-Hatorah“ zum Tatort. Der Rabbiner Jonathan Sandler (30), Lehrer an dieser Schule, wurde zusammen



mit seinen Söhnen Arieh (5) und Gavriel (3) sowie Myriam Monsonogo (8), Tochter des Schulleiters, regelrecht hingerichtet. Nach dieser „nationalen Tragödie“ (Sarkozy) stand Frankreich, das mehr Juden (600.000) und mehr Muslime (5 Millionen, davon etwa 12.000 Salafisten) als jeder andere Staat in der Europäischen Union hat, unter Schock. „Anschläge gegen Juden in Frankreich seien Anschläge gegen alle 65 Millionen Franzosen“, so Außenminister Alain Juppé zwei Tage später in Jerusalem. Im Stadtteil Givat Shaan gab er hier zusammen mit Tausenden Trauergästen den überführten jüdischen Opfern, die auf dem Har-Hemenuchot-Friedhof gemäß orthodoxen Ritus beigesetzt wurden, die letzte Ehre. Zeitgleich war in Frankreich Präsident Sarkozy in der Doumerc-Kaserne in Montauban auf einer Trauerfeier, auf der auch Veteranen ihrer ermordeten Kameraden gedachten. Deren Mörder war in der Nacht vom 20./21. März von der Polizei in seiner Wohnung in Toulouse gestellt worden, wo er sich schwer bewaffnet verschanzte. Während einer 32-stündigen Belagerung äußerte sich Merah, der sich zur al-Qaida bekannte, zu seinen Bluttaten. Als Motiv gab er Rache für den französischen Einsatz in Afghanistan, sowie die Tötung palästinensischer Kinder im Gazastreifen durch Israelis an. Er bedauerte gegenüber der Polizei, nicht mehr Kinder ermordet zu haben und sagte zudem, er hätte Videos seiner Taten zum Hochladen ins Internet an seine muslimischen „Brüder“ übergeben – und dass er mit der Waffe in der Hand sterben wollte: „Seid euch darüber bewusst, dass ihr einen Mann vor euch habt, der vor dem Tod keine Angst hat. Ich liebe den Tod, wie ihr das Leben liebt“<sup>44</sup>. Den Tod fand Merah, als nach 32 Stunden die polizeiliche Antiterrorereinheit RAID am 22. März die Wohnung stürmte. Noch am Nachmittag desselben Tages gab eine der al-Qaida nahestehende Gruppe namens „Dschund al-Chilafah“ (Soldaten des Kalifats) bekannt, dass Jussuf al-Firansi (Jussuf, der Franzose) einen Pfeiler des „zionistischen Kreuzritterturns“ erschüttert hatte. Die (in Kasachstan) bekannte Gruppe<sup>45</sup> erklärte sich für die Anschläge verantwortlich und forderte Frankreich in einer im Internet veröffentlichten Botschaft auf, seine „feindliche“ Politik gegenüber Muslimen aufzugeben.

### Islamistische Website droht Deutschland mit Anschlägen

Auf der islamistischen Website Shumukh al Islam wurden über geraume Zeit

nicht nur Nachrichten der al-Qaida-Bewegung verbreitet. Am 4. April 2012 wurde hier eine Drohung mit Anschlägen „im Herzen von Berlin“ veröffentlicht. Die Bundeskanzlerin wurde auf der Website aufgefordert, die Freilassung der mus-

Reststrafe der 30-jährigen Frau „wegen ihres positiven Verhaltens im Strafvollzug“ zur Bewährung ausgesetzt wird<sup>47</sup>. Ihr Ehemann, der 2007 im Sauerland festgenommene Konvertit Fritz Gelowicz, war Führungsmitglied der deutschen



**Der ehemalige Rapper Denis Mamadou Cuspert – alias Deso Dogg – hier auf einer Kundgebung gegen eine Wahlkampfaktion von „Pro NRW“ im Mai in Bonn-Lannesdorf.**

**Foto: Michael Kosdowski/dapd**

limischen Gefangenen Oum Seif Allah zu bewirken, ein Name, der bereits im Zusammenhang mit dem im Januar in Nigeria entführten deutschen Ingenieur genannt wurde<sup>46</sup>. Bei der Gefangenen handelte es sich um die deutsch-türkische Islamistin Filiz Gelowicz. Diese hatte ein Jahr nach der Festnahme ihres Mannes im September 2008 begonnen, für den bewaffneten Dschihad über das Internet zu werben. Sie rief zu Spenden für die Terrorgruppen „Islamic Jihad Union“ (IJU) und Deutsche Taliban Mudjaheddin auf und veröffentlichte zudem eine Vielzahl islamistischer Propagandavideos. Wegen der Unterstützung terroristischer Vereinigungen wurde sie im März 2011 vom Kammergericht Berlin zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Im April 2012 kam sie vorzeitig aus dem Gefängnis. Das Gericht hatte entschieden, dass die

IJU-Sektion. Er wurde im März 2010 vom OLG Düsseldorf wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf US-amerikanische Ziele in Deutschland 2007 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Ein halbes Jahrzehnt nach der Zerschlagung der Terrorzelle im Sauerland fand die bis dahin größte Aktion gegen radikale Muslime in Deutschland statt. Mitte Juni 2012 wurde in groß angelegten Razzien in sieben Bundesländern gegen radikal-islamische Salafisten vorgegangen. Schwerpunkt der Aktion lag in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Hier verdichteten sich Hinweise, dass es Kontakte zwischen einer Salafisten-Vereinigung und der terroristischen Sauerlandgruppe gab. In der Solinger Millatu-Ibrahim-Moschee hatten die Fahnder „persönliche Sachen“ des IJU-Rädelsführers Gelowicz sichergestellt<sup>48</sup>. Schon zuvor hatte Bundesinnenminister Hans-Peter



## EXTREMISMUS

Friedrich derartige Zusammenhänge auf den Punkt gebracht: „Al-Qaida und die Ideologie, die die Salafisten hierzulande vertreten, erwächst aus dem gleichen radikalen Nährboden“<sup>49</sup>.

### Salafia Dihadia Germany

Als politisch-missionarische Strömung gab es den Salafismus mit einigen hundert Anhängern in Deutschland schon zur Zeit der 9/11-Anschläge im Jahr 2001. Innerhalb des Islamismus entwickelte sich diese Strömung so, dass ihre sicherheitspolitische Relevanz ein gutes halbes Jahrzehnt später im Verfassungsschutzbericht 2008 deutlich beschrieben wurde: „Eine den Radikalisierungsprozess fördernde Wirkung kann auch von salafistischen Predigern ausgehen ... Seit längerem werden in Deutschland Islamschulungen durch salafistische Prediger veranstaltet. Die Anzahl der von diesem Personenkreis durchgeführten Veranstaltungen hat ebenso wie deren bundesweite Streuung in den letzten Jahren zugenommen“<sup>50</sup>. Bedrohlich war nicht nur diese qualitative, sondern ist zunehmend auch die quantitative Entwicklung.

### Salafisten in Deutschland – das Zahlenwerk

Zehn Jahre nach den 9/11-Anschlägen gilt unter den rund vier Millionen hier lebenden Muslimen die Splittergruppe des politischen Salafismus als die am schnellsten wachsende radikalislamische Bewegung. Die Anzahl der Salafisten wird heute auf 3.800 bis 5.000 geschätzt. Nach anderen Schätzungen soll es bundesweit etwa 10.000 geben, darunter 1.000 Gewaltbereite<sup>51</sup>. Auch wenn seit 2009/2010 der Aufbau einer eigenen Infrastruktur zu beobachten ist, stellen die Salafisten keine homogene Gruppe dar, gibt es doch Reibungen und Rivalitäten untereinander. Die meisten sprechen perfektes Deutsch, einige sind deutsche Konvertiten, viele haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Ab 2005 wurde die Gruppe der politischen Salafisten stärker. Die Zahl der djihadistischen Salafisten und die Radikalen zwischen beiden, die aber auch Gewalt legitimieren, werden auf mehrere Hundert geschätzt. Den etwa 130 bekannten islamistischen Gefährdungen, denen Vorbereitungen von Terroranschlägen zugetraut werden, werden zwei Dutzend Salafisten zugeordnet. Die Zentren des Salafismus

sind in Berlin (mit etwa 400 Salafisten, darunter bis zu 100 Gewaltbereite), Hamburg und den großstädtischen Ballungszentren des Rhein-Ruhr-Gebietes, aber auch in Ulm. Von den rund 3.000 Moscheen in Deutschland sind etwa 100 salafistisch beeinflusst; gut zwei Dutzend werden von Salafisten dominiert<sup>52</sup>. Bis zu 50 salafistische Prediger, neben „Geburtsmuslimen“ auch Konvertiten wie Pierre Vogel alias „Abu Hamza“ (s. DP 8/2011) sind in Deutschland unterwegs.

### Kampflieder für den Dihad – auf Deutsch

Diese Prediger unterscheiden sich von den „Angsthasenpredigern“ (Salafisten-Spott) des gemäßigten Islam, eben von den Imamen in den traditionellen Moscheegemeinden, die in der Regel auf Türkisch oder Arabisch predigen und nicht zuletzt die Jugend vernachlässigen, weil sie nicht so viel vom Leben junger Muslime in Deutschland verstehen. Die meist relativ jungen Imame in den salafistischen Moscheegemeinden leben in der Regel in Deutschland, predigen in Deutsch und arbeiten ihre Lehren jugendgerecht auf. In den letzten Jahren haben sie eine eigene Jugendkultur, eine Art „Pop-Dihad“ herausgebildet, sprechen die Jugend in ihrer Sprache an<sup>53</sup>, auch im Internet. Hier werden insbesondere Verbindungen zwischen dem Salafisten-Milieu in das Dihad-Milieu hergestellt. Zehn Jahre nach dem 9/11 färbt sich der militante Islamismus subkulturell ein. Der Salafismus ist da keine Ausnahme, „hat sich zu einer islamischen Subkultur geformt, die vor allem die Kinder und Enkel von Einwanderern anzieht. Wie jede Subkultur hat auch der Salafismus seine Stars, zu denen die Fans strömen“<sup>54</sup>. Dazu zählt auch Denis Mamadou Cuspert, der als Sohn einer deutschen Mutter und eines Vaters aus Ghana 1975 in Berlin geboren wurde. Seine Mitgliedschaft in Straßengang und seine Vorstrafen wegen Drogendelikten und Waffenbesitz bereiteten seinen Weg in die Szene der Rap-Musik, wo er als „Gangsta-Rapper“ unter dem Künstlernamen Deso Dogg bekannt wurde. Trotz seines Erfolges wandte er sich 2010 von der Rap-Szene ab und dem Islam zu. Nach seiner Konversion, er nannte sich nun Abu Maleeq alias „Abu Talha al-Almani“, fand er schnell den Weg zu den politischen, später zu den djihadistischen Salafisten. Bei diesen waren und sind Musikinstrumente verboten, nicht aber a capella vorgetragene



**COP® Specials September / Oktober 2012** \* Gültig vom 20.08. - 31.10.12

Während der GPEC vom 10.09.-15.09.2012 in den COP®-Shops **10% auf Alles!** Ausgenommen Sonderangebote, Restposten und Auslaufmodelle. Gilt nur bei Einkauf/Abholung in den Shops (nicht bei Versand) und sofortiger Bezahlung. **10% auf Alles!**

**1 traser® H3 Uhr P6508 Dark Code Blue**  
 Art.-Nr: 560P6508  
 Farbe: schwarz; Ø 43 mm  
 Stärke: 10 mm  
 Gewicht: 39 g mit Armband  
 Mit selbstleuchtenden triga-light®-Einlagen. Gehäuse aus Kohlefaser. Uhrwerk Ronda 715 Quarz. Mineralglas. Wasserdichtigkeit 30m/3 bar, Rubberband.

**Aktionspreis\*\* € 199,90**  
 statt 229,99\*

**2 Under Armour® Dauntless Rucksack**  
 Art.-Nr. UA12180205  
 Größe: 48 x 33 x 18cm  
 Volumen: 25 Liter  
 Material: 100 % Nylon  
 Farbe: schwarz  
 Robuster Rucksack von Under Armour® mit weißen Under Armour® Schriftzug auf der Vorderseite.

**Aktionspreis\*\* € 25,90**  
 statt 34,99\*

**3 Einsatzhandschuh COP® CR212**  
 Art.-Nr. 320212-Größe  
 Größen: XS - XXXL  
 Ultradünner Rindslederhandschuh mit einem schnitthemmenden Innenhandschuh der Kategorie 5 bietet Schutz rundum. Verlängerter Bund mit Lasche und Klettverschluss. Prüfung nach EN388 am 09.06.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.

**Aktionspreis\*\* € 39,90**  
 statt 59,99\*

EN 388  
 2 5 4 2

Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
 Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**4 Einsatzstiefel Original S.W.A.T.® 1152 Side Zip**  
 Art.-Nr. 811152-Größe  
 Farbe: schwarz  
 Größen: 36-48 (US 6 - 6,5 Ladies; 6 - 14)  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 629 g  
 Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination  
 Einsatzstiefel mit Schnelleinstieg durch YKK Seitenreißverschluss.

**Aktionspreis\*\* € 79,90**  
 statt 109,99\*

Größe US	6	6,5 Lady	6	7	7,5	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe EU	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

**5 Einsatzstiefel S&W® 8985 Hi**  
 Art.-Nr. 828985-Größe  
 Farbe: schwarz; Größen: EU 36 - 47 (US 6-13)  
 Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination; Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 630 g; Stiefel mit athletischer Passform.

**Aktionspreis\*\* € 59,90**  
 statt 89,99\*

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN ISO 20347

Restposten Solange Vorrat reicht!

Damen					Herren							
Größe US	6	7	8	9	9,5	8	9	10	11	11,5	12	13
Größe EU	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47

**6 Trekkingsocke COP® 7020**  
 Art.-Nr. 7020-Größe  
 Größen: 35 - 38, 39 - 42, 43 - 46, 46 - 48  
 Material: 49% Polyamid, 48% Polypropylen, 3% Elasthan

**Aktionspreis\*\* € 4,90**  
 statt 7,99\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

**www.cop-shop.de**

\*\*\* ehemaliger Verkaufspreis  
 \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.  
 \*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2012



Hymnen auf den Kampf, auf den Djiha, „Naschids“ genannt. Diese Kampflieder haben in der islamischen Welt schon eine längere Tradition, kamen insbesondere in Afghanistan im großen Djiha gegen die sowjetischen Gottlosen auf<sup>55</sup>. Singend wurde seinerzeit in arabischer Sprache zum Hass auf die Ungläubigen und zur Teilnahme am Djiha aufgerufen. Ein gutes Vierteljahrhundert später tauchten diese Naschids wieder auf – in Deutschland und auf Deutsch vorgetragen. Bis zum Frühjahr 2012 veröffentlichte Abou Maleeq ein Dutzend Naschids, die in Form von Audio- und Videodateien im Internet verbreitet wurden. In seinen in Deutschland produzierten und verbreiteten religiös-verbrämten Songs wird der

Ex-Rappers nahm diese Aufforderung ernst, todernst. Am 2. März 2011 verübte der 21-jährige Kosovo-Albaner Arid Uka „den ersten vollendeten, islamistisch motivierten Terroranschlag auf dem Boden der Bundesrepublik“, so der Vorsitzende Richter des 5. Strafsenats des OLG Frankfurt/Main am 10. Februar 2012. Der junge Djiha, der sich im Internet durch islamistische Propaganda bis zum „Märtyrertum“ radikalisiert hatte, wurde von den Richtern wegen Mordes an zwei US-Soldaten und versuchten Mordes an drei weiteren Amerikanern (in einem Bus am Flughafen Frankfurt/Main) zur Höchststrafe verurteilt – lebenslange Haft<sup>56</sup>. Während der „Flughafenattentäter“ Uka wegen der besonderen Schwere

Verein „Millatu Ibrahim“, war in der Wohnung des Ex-Rappers und Naschid-Sängers Material zur Herstellung einer Sprengstoffweste gefunden worden. Dieser hatte seinen Wohnsitz in der „Kuffar-Metropole“ (Berlin als Hauptstadt der Ungläubigen) abgemeldet und sich nirgendwo anders in Deutschland angemeldet. „Demokratie, die größte Lüge der Kuffar, bekämpfen wir. Das edle Schwert der Scharia wird kommen und siegen hier“, hieß es in einem seiner Naschids<sup>57</sup>, bevor er sich wohl nach Ägypten absetzte.

### Djiha-Gebiet Deutschland – Eskalation der Gewalt 2012

Der gebürtige Palästinenser Ibrahim Abou Nagie (47) sieht sich „als Muslim, der dem Koran folgt“. Für Verfassungsschützer ist der Kölner Geschäftsmann „ein wirklich gefährlicher Islamist“. Mit intensiven Koranstudien soll er 2003 begonnen haben, baute dann die Internetplattform „Die wahre Religion“ (DWR) auf, „wo der Koran zum Download bereitstand“<sup>58</sup>. Im Oktober 2011 startete er mit seinem Predigernetzwerk die Aktion „Lies“ mit dem Ziel, bis zu 25 Millionen Exemplare einer deutschsprachigen Koran-Ausgabe in Deutschland, Österreich und der Schweiz kostenlos zu verteilen. Von Nordrhein-Westfalen aus sollte die Aktion koordiniert werden. Die Ulmer Druckerei Ebner & Spiegel bekam den Auftrag, lieferte bis April in mehreren Tranchen insgesamt 300.000 Bücher aus. Die Organisatoren der Koran-Aktion „Lies“ meldeten in vielen Städten ihre Info-Stände an, wo in den Fußgängerzonen der Koran zu Tausenden an Passanten bis in den Mai hinein verteilt wurde. Diese Aktion war wohl weniger ein ernstgemeinteter Missionierungsversuch, dafür mehr eine erfolgreiche Propaganda-Offensive eines salafistischen Prediger-Netzwerks. Der PR-Erfolg, ob vieler Proteste hatte die Druckerei noch im April den Auftrag zurückgegeben<sup>59</sup>, sorgte für heftige Debatten, Empörung und viel Kritik. Vor dem Hintergrund des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen zählten zu den „Kritikern“ auch die rechtspopulistische Splitterpartei „Pro NRW“ (keine 1.000 Mitglieder, kam auf 1,4 Prozent bei der Landtagswahl 2010), die eine Reihe antiislamischer Kundgebungen plante, auf denen mit dem Einsatz von Mohammed-Karikaturen vor Moscheen gezielt provoziert werden sollte. Vor einer „Konfrontation zwischen Rechtsextremisten und Salafisten mit unabsehbaren Folgen für die öffentliche Sicherheit“ warnte denn



**Anhänger der radikal-islamistischen Strömung des Salafismus verteilten Mitte April dieses Jahres bundesweit Gratis-Koran-Exemplare an Nichtmuslime. Hinter der Aktion steckt Ibrahim Abou Nagie, ein schillernder Laienprediger, der seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird.**  
Foto: Thorsten Ulonska/dapd

der militanten Djiha zu einem untrennbaren Bestandteil muslimischer Glaubenspraxis erklärt und der „Märtyrertod“ verherrlicht. Junge Muslime werden in den Naschids aufgefordert, sich am Djiha zu beteiligen. Ein Fan des salafistischen

der Schuld für 15 Jahre ins Gefängnis ging, tauchte sein mit Haftbefehl gesuchter salafistischer „Verführer“ Abou Maleeq unter. Laut einer Verbotsverfügung des Innenministeriums gegen den von Maleeq mitbegründeten Solinger Salafisten-



auch Bundesinnenminister Friedrich Ende April<sup>60</sup>. Am 1. Mai gerieten sich gegenseitig provozierende Salafisten („Scharia für Deutschland“) und Pro NRW-Anhänger („Freiheit statt Islam“) in Solingen in Sichtweite einer Moschee trotz Polizeiabsperrung aneinander. Pro NRW hatte ihre Karikaturen-Präsentation vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt. In der Folge wurden drei Polizisten und ein Passant verletzt, über 30 Salafisten vorübergehend festgenommen<sup>61</sup>. Wenige Tage später kam es am 5. Mai in Bonn erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Knapp 30 Anhänger der Pro NRW beteiligten sich an einer islamfeindlichen Kundgebung; rund 600 Gegendemonstranten, darunter etwa 200 Salafisten aus ganz Deutschland, hatten sich eingefunden. Als die Rechtspopulisten vor der König-Fahd-Akademie eine Mohammed-Karikatur zeigten, kam es zum Gewaltausbruch der Islamisten – zu massiven Steinwürfen und schweren Angriffen auf die Polizei. Dabei wurden eine 30-jährige Polizeikommissarin und ihr 35 Jahre alter Kollege durch Messerangriffe eines 25jährigen deutsch-türkischen Salafisten schwer verletzt. Ein weiterer Beamter überstand diesen Angriff unverletzt. Gegen den Täter erging später Haftbefehl wegen dreifachen versuchten Mordes. Insgesamt waren 29 Polizisten verletzt und 109 Personen vorübergehend festgenommen worden. Nach dieser Eskalation der Gewalt war die „Pro-NRW-Veranstaltung“ abgebrochen worden. Danach zogen gewaltbereite Salafisten noch eine Stunde marodierend durch den Stadtteil<sup>62</sup>. Nach den schweren Ausschreitungen in Bonn beugte die Polizei in Köln drei Tage später am 8. Mai mit einem massiven Aufgebot neuer Gewalt von Islamisten vor. Pro NRW suchte diesmal in der Nähe der noch bestehenden Zentralmoschee zu provozieren, hatte das Verwaltungsgericht der Stadt das Zeigen der Mohammed-Karikaturen (Meinungsfreiheit geht vor) erlaubt. Etwa 1.000 Beamte riegelten die Moschee-Baustelle ab. Zehn Salafisten wurden festgenommen, mehr als 100 war das Betreten des Kölner Stadtgebietes vorsorglich verboten worden<sup>63</sup>. Vier Tage später verhinderte die Polizei in Berlin ein Aufeinandertreffen von Anhängern der islamfeindlichen Partei „Pro Deutschland“ und salafistischen Koran-Verteilern. Im Monat Mai hatte die Polizei die Erfahrung mit einem salafistischen Gegenüber machen müssen, dessen djihadistischer Flügel ihr mit einem „völlig neuen Level an Aggressivität ohne jede Hemmschwelle“ begegnet war. Erstmals war der Tod von Polizeibeamten billigend in Kauf genommen worden –

eine neue Dimension der Auseinandersetzung. Deutschland müsse in Zukunft, so der Verfassungsschutz, „regelmäßig mit politisch motivierter Gewalt auf der Straße durch radikal-islamische Salafisten rechnen“<sup>64</sup>. Nur wenige Tage nach dieser Einschätzung tauchte am 19./20. Mai in einem djihadistischen Internetforum ein Video auf, in welchem der aus Bonn stammende salafistische Jihad-Terrorist Yassin Chouka (27) alias „Abu Ibraheem al Almani“ seine Glaubensbrüder zum Mord an den Islamfeinden aufrief. Chouka, der 2007 Deutschland verließ und sich in Waziristan der al-Qaida nahen Gruppe „Islamische Bewegung Usbekistan“ (IBU) anschloss, richtete seine Botschaft an deutsche Salafisten: „Ihr sollt die Mitglieder der Pro NRW alle töten“<sup>65</sup>. Außerdem sollten Mitarbeiter von Medien, erwähnt wurde „Der Spiegel“, umgebracht werden. „Die Audiobotschaft ist ein vorläufiger Höhepunkt einer Gefährdungszuspitzung“, hieß es im Bundesinnenministerium<sup>66</sup>. Dieser Gefährdung wurde am 14. Juni mit einer der größten Aktionen gegen radikale Muslime in Deutschland begegnet. Mehr als 850 Polizeibeamte gingen bei groß angelegten Razzien in Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern gegen radikal-islamische Salafisten vor. In diesen Bundesländern wurden insgesamt 100 Objekte (Wohnungen, Vereinsheime, Moscheen) durchsucht und eine Vielzahl von Asservaten (Rechner, Laptops, Propagandamaterial etc.) beschlagnahmt und Vereinsvermögen eingezogen<sup>67</sup>. Als verfassungswidrig wurde die aus der Solinger Hinterhofmoschee „Deutsch-Islamisches Zentrum“ hervorgegangene salafistische Vereinigung „Millatu Ibrahim“ (MI) verboten. Gegen das salafistische Missionierungswerk „Dawa-FFM“ (Frankfurt/Main) und den durch die Koran-Verteilungsaktion bekanntgewordenen Verein „Die wahre Religion“ (Bonn) wurden Ermittlungsverfahren mit dem Ziel der Auflösung eingeleitet. Zugleich wurden mehr als 100 ausländische Internetanbieter schriftlich aufgefordert, Webseiten der Gruppen aus dem Netz zu nehmen<sup>68</sup>. Führungspersonen des djihadistischen Salafismus sehen in diesen Verboten eine Kampfansage. So schrieb Mohammed Mahmoud, Mitbegründer der MI, im Netz: „Wir werden nicht aufhören ... Entweder Sieg oder Märtyrertum“<sup>69</sup>. Der ägyptisch-österreichische Salafist hält sich nach seiner Ausweisung aus Deutschland in Ägypten auf. Von hier ruft er seine Anhänger auf, ihm zu folgen – ist die Lage am Nil für radikale Muslime doch nicht

unattraktiv. Gut zwei Dutzend folgten bisher dem Ruf. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass im ägyptischen Exil eine „deutsche Salafistenkolonie“ entsteht. Von dieser wäre der Weg zum nordafrikanischen Salafistendach AQIM mit seinen neuen Weg- und Jihad-Gefährten nicht weit.

In Deutschland kann und darf vor den Hintergründen gewaltsamer Auseinandersetzungen, der Audiobotschaft zu Tötungsdelikten und nicht zuletzt der Razzien gegen das salafistische Milieu nicht ausgeschlossen werden, dass sich gewaltbereite junge Muslime zu Attentaten animieren lassen. Vor eben dieser Gefahr warnte das BKA in seinem aktuellen Lagebild zur Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus: Auf Grund der „aufgeheizten Stimmung“ innerhalb der djihadistischen Szenen seien bei islamkritischen Aktionen Gewaltexzesse „verstärkt zu befürchten“ – und das schon „bei geringem Anlass“. Neben Sprengstoffanschlägen müsse man „Angriffe mittels Schusswaffen, Entführungen sowie medial inszenierte Tötungen“ einkalkulieren. Gefährdet wären insbesondere Pro NRW-Mitglieder, aber auch Politiker, Journalisten und Polizisten<sup>70</sup>.

Für den 18. August hatte die rechtspopulistische Splitterpartei „Pro Deutschland“ in Berlin Kundgebungen (Motto: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland, Islamismus stoppen“) angemeldet. Vor drei Moscheen, die den Salafisten zugerechnet werden, wurden Muslime mit Mohammed-Karikaturen und Schildern mit durchgestrichenen Moscheen provoziert. Der brisanten Ausgangslage begegnete die Polizei im Vorfeld mit deeskalierenden Gesprächen mit muslimischen Organisationen. Ein Großaufgebot an Polizei und eine angepasste Taktik verhinderte jegliche Ausschreitung.

Dennoch, als Schützer der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind für nicht wenige Salafisten Polizeibeamte mittlerweile die „Handlanger der Islamfeinde“. Bei Einsätzen auf deren Veranstaltungen muss die Polizei künftig damit rechnen, als „Kreuzfahrer“ bekämpft zu werden.

Deutschland ist zum Jihad-Gebiet geworden.

*Die umfangreichen Literatur- & Quellenachweise faxen wir bei Bedarf gern zu. Sie sind auch in der online-Ausgabe der Zeitung ([www.gdp.de](http://www.gdp.de)) direkt bei diesem Artikel hinterlegt.*



# Sicherheitsarchitektur reformierungsbedürftig

**Auf dem Polizeitag des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende Juni in München zum Thema „Sicherheitsarchitektur im demographischen Wandel“ sprachen vor über 100 Teilnehmern neben dem Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann, auch der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut, der Münchener Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer und Christian Endreß, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement der Universität Witten-Herdecke.**

Die demographische Entwicklung sei für die Polizei eine enorme Herausforderung, so der Tenor aller Redner. So erfordert die älter werdende Gesellschaft andere Sicherheitsmerkmale. Dies betrifft u. a. das subjektive Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen. Mehr Präsenz von Polizei in der Öffentlichkeit wird von einer

Kriminalitätsfelder entstünden, so in Altenheimen und bei der Pflege. Es seien aber nicht nur individuelle Straftaten, sondern auch groß angelegte Kriminalitätsakte zu befürchten. So könnten selbstständige Menschen in Pflegeheimen Medikamentenversuchen unterzogen werden, die kaum aufzuklären wären.



GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut hält Reformen der Sicherheitsarchitektur für notwendig. Foto: BS/Jung

alternden Bevölkerung als wohltuend empfunden. Münchens Polizeipräsident Schmidbauer wies darauf hin, dass nach Gewalttaten ebenso wie nach Einbrüchen ältere Menschen zu einer sozialen Isolation neigen würden. Sie trauten sich nicht mehr aus ihrer Wohnung heraus oder fühlten sich nach einem Einbruch dort generell unsicher. Hierzu sei nicht nur die Polizei, sondern auch die Politik zu Antworten aufgefordert.

## Schuldenbremse kontra Sicherheit

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut wies darauf hin, dass mit der demographischen Entwicklung auch neue

Während Staatsminister Herrmann mit Recht und Stolz darauf hinweisen konnte, dass bei den Einstellungsverfahren der bayerischen Polizei ein Bewerberverhältnis von 1:6 auf jede Stelle vorliege, wandte Witthaut ein, dass es in anderen Bundesländern bereits Nachwuchsprobleme gebe. In Hamburg etwa liege das Ver-

hältnis bei 1:2. Dies zeige schon jetzt deutlich, dass bei dem niedrigen Einstellungsgehalt für den Polizeidienst dieser gegenüber privaten Arbeitgebern im Kampf um die besten Nachwuchskräfte zukünftig erhebliche Schwierigkeiten erhalten würde.

Witthaut sieht aber nicht nur in der demographischen Entwicklung, sondern auch in drohender Altersarmut eine Herausforderung für die Polizei. Sollte z. B. die Energiewende zu einer deutlichen Verteuerung führen, sei der Energiediebstahl, wie er bereits durch das Anzapfen von Stromverteilern in Berlin bekannt sei, dann bundesweit zu befürchten.

Der GdP-Bundesvorsitzende wies zudem auf die Sicherheitsarchitektur hin, die aus seiner Sicht spätestens seit Veröffentlichung des so genannten Werthebach-

Berichts reformierungsbedürftig sei. Allein die Finanzbehörden unterhielten mehrere Sonderpolizeien, die einem Dach unterstellt werden müssten.

Zu klären wäre auch das Verhältnis zwischen staatlicher und privater Sicherheit. Unvorstellbar sei für ihn eine Lösung, wie in zwei Grafschaften in England: Dort dürften private Sicherheitsunternehmen aus Kostengründen offiziell ermitteln und seien mit polizeiähnlichen Befugnissen beliehen. Witthaut machte seine Sorge deutlich, dass die Schuldenbremse der Länder eines Tages auch in Deutschland zu solchen Entwicklungen führen könnte.

Wie der Münchener Polizeipräsident Prof. Dr. Schmidbauer betonte, betreffen Kriminalitätsphänomene gegenüber Senioren nicht nur die reale Welt, sondern auch die immer komplexer werdende virtuelle Welt der Datenbanken und Clouds. Dies lasse für die Polizeiarbeit nur einen Schluss zu: „Der klassische Bankraub verspricht schon lange nicht mehr den Gewinn vergangener Zeiten. Die Profis unter den Gaunern haben Pistole und Sturmhaube gegen Rechner und Tastatur getauscht und nicht Wenige haben unsere Senioren als attraktive Zielgruppe entdeckt.“

## Wissenstransfer im Mittelpunkt

Der Polizeitag in München verdeutlichte auch, dass die Wissensübertragung von ausscheidenden Polizeibeamten auf die jüngere Polizeigeneration dringend erforderlich sei und organisiert werden müsse. Es gehe dabei um die Frage wie Führungskultur, Wissensmanagement und Wissenstransfer zur Sicherung des Erfahrungswissens in der Organisation gestaltet werden könnten. Zur Erörterung dieser Fragestellungen hat Münchens Polizeipräsident Ende vergangenen Jahres die Arbeitsgruppe KNOW (Kennen, Nutzen, Optimieren und Wissen) ins Leben gerufen, die sich seitdem mit den Themenbereichen Erschließung von Wissen, Weitergabe von Wissen, Qualifizierung und Administration, Effektiver Personaleinsatz, Qualitätssicherung sowie Statistik- und Berichtswesen beschäftigt.

## Erweiterter Sicherheitsbegriff

„Sicherheit ist die absolute Freiheit von Unsicherheit“, so Christian Endreß, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität



## POLIZEITAGE



v.l.n.r.: Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer und Behörden Spiegel  
Chefredakteur R. Uwe Proll.

Foto: BS/Jung

Witten/Herdecke. Sicherheit anzustreben sei daher immer ein Ideal, das nie erreichbar sei. Es bleibe immer bei relativer Si-

strafdelikte, wie Raub und Überfall, würden bereits jetzt sinken.

R. Uwe Proll

cherheit. Sicherheit sei nicht denkbar ohne Unsicherheit zu denken. Die demographische Entwicklung habe unter prognostischen Gesichtspunkten allerdings eine Verminderung von Straftaten zur Folge. So sei davon auszugehen, dass im Jahr 2025 250.000 weniger Straftäter existierten. Im Jahr 2045 könne diese Zahl sich noch einmal halbieren. Typische Jugend-

## ARBEITSSCHUTZ

# Burn-out muss gestern gewesen sein!

**Zum vierten Mal bietet die GdP ein Arbeitsschutzsymposium zu einem aktuellen Thema an. Am 21. und 22. November 2012 wird es sich im Dorint Sanssouci Potsdam unter dem Motto „Psychische Belastung am Arbeitsplatz“ vor allem mit dem Burn-out-Phänomen beschäftigen.**

Erkrankungen wegen psychischer Belastungen am Arbeitsplatz nehmen seit einigen Jahren explosionsartig zu. Mit ihrem unangefochtenen Platz 3 (10 %) im Ranking der Krankenkassen hinsichtlich der AU-Tage (Arbeitsunfähigkeitstage), machen sie sich mehr und mehr daran, die klassischen Platzhalter: Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes (Platz 1 mit 24,4 %) und Krankheiten des Atmungssystems (Platz 2 mit 12,2 %) von ihren Rängen zu verdrängen. Bei den AU-Tagen (insgesamt) liegen die öffentlichen und privaten Dienstleister mit 131 Fällen je 1000 Versicherten sogar an erster Stelle.

Dabei sind in der 2012-er Statistik der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, der diese Daten entnommen sind, nur die Fälle aufgenommen, die zu einem tatsächlichen Ausfall des Beschäftigten geführt haben, nicht aber das große Dunkelfeld derer, die trotz Beschwerden zur Arbeit gegangen sind.

Das diesjährige GdP-Arbeitsschutzsymposium wird die Frage erörtern, was sich hinter dem Burn-out-Syndrom tatsächlich verbirgt, wird den Ursachen für das Phänomen nachgehen und unterschiedliche Therapie-Varianten vorstellen.

Darüber hinaus werden Betroffene zu Wort kommen, also Personen, die an Burn out gelitten haben, sowie Mitarbeiter und Vorgesetzte, die ihre Erfahrungen mit erkrankten Personen vermitteln wollen. Ziel der moderierten Talk-Runde soll es sein, auf diese Weise Best-Practice-Beispiele herauszuarbeiten, die in entsprechenden Situationen für alle Beteiligten hilfreich sein können.

Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Symposium stehen 60 Plätze zur Verfügung. Wer daran teilnehmen möchte, melde sich bitte bis 31. September 2012 bei seinem Landesbezirk. **HJM**



HAIX®

HEROES  
WEAR®  
HAIX



**BLACK EAGLE®**  
TACTICAL 20 LOW

**Der sportliche Allrounder mit innovativer Lauschuhstechnologie**

- > Leicht, dynamisch & multifunktional
- > Extrem Rutschfest
- > Hoch atmungsaktiv
- > Dauerhaft wasserdicht
- > Auch erhältlich als Mikrofaser/Textil Schuh – BLACK EAGLE® Athletic 10 Serie

**Qualitätsschuhe für Feuerwehr, Rettungsdienst, Security, Jagd, Workwear und Freizeit**

HAIX®-Schuhe  
Produktions- und Vertriebs GmbH  
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg,  
T. +49 (0) 87 51/86 25-0,  
info@haix.de

**www.haix.com**

# Unterstützung für Familien mit Kindern oder Irrweg?

**Mit dem Betreuungsgeld für Kinder will die Bundesregierung ab 1. Januar 2013 eine neue Leistung für Eltern einführen. Es soll an Eltern gezahlt werden, die für ihre Kinder zwischen ein und drei Jahren keine öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen.**

Das Betreuungsgeld soll ab 2013 zunächst 100 Euro monatlich für Kinder im zweiten Lebensjahr und ab dem folgenden Jahr 150 Euro für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr betragen. Dafür müssen jährlich 1,2 Milliarden Euro im Bundeshaushalt eingeplant werden. Das Bundesfamilienministerium hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der am 15.06. zur ersten Lesung im Bundestag war. Da sich die Koalitionspartner in dieser Frage nicht einig sind, ist der Ausgang des Verfahrens zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

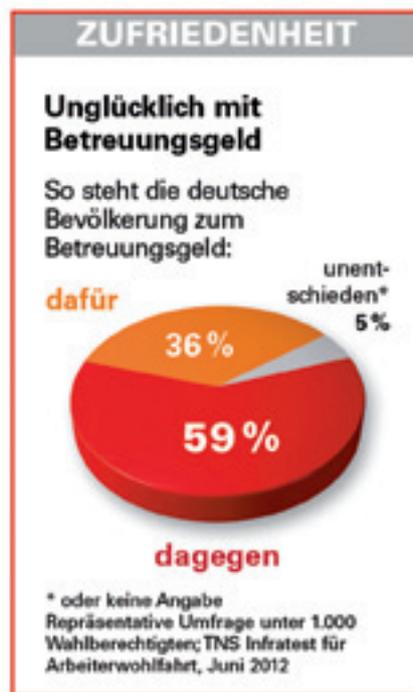
Die Betreuungsquote bei unter Dreijährigen lag zum Stand März 2011 bei 25,4 Prozent; 2010 lag die bundesweite Betreuungsquote noch bei 23,1 Prozent. Damit ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Deutschland weiter vorangeschritten. Rund 517.000 Kinder unter drei Jahren wurden in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut.

In der Diskussion um die Einführung eines Betreuungsgeldes stellt sich die Frage, ob es tatsächlich sinnvoll ist, die heimische Betreuung von Kindern mit 1,2 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt zu subventionieren, zum Ausgleich dafür, dass eine staatliche Leistung nicht in Anspruch genommen wird. Oder sollte das Geld nicht besser in den Ausbau von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung investiert werden?

Für die Einführung des Betreuungsgeldes sprechen sicher einige Argumente:

- Die Eltern erhalten mehr Wahlfreiheit über das Betreuungsmodell ihres Kindes.
- Die ausschließlich heimische Betreuung von unter dreijährigen Kindern durch die Eltern wird finanziell vom Staat anerkannt und gefördert.
- Der Staat unterstützt auch solche Familien finanziell, die trotz des Ausbaus der Kinderbetreuung nicht von den Einrichtungen profitieren können.
- In Ballungsräumen ist die Suche nach einem Krippenplatz oft ein Glücksspiel, mit hohem finanziellem Aufwand.
- Im ländlichen Raum sind entsprechende Angebote für Betreuungsplätze immer noch nicht im notwendigen

Umfang vorhanden, trotz des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ab 2013.



• Im Bundesgebiet fehlen mehrere tausend Erzieherinnen und Tagesmütter

Gegen die Einführung des Betreuungsgeldes sprechen neben familienpolitischen auch wirtschaftliche Gründe:

- Das Betreuungsgeld ist kostenintensiv und seine Finanzierung noch nicht gesichert.
- Die Einführung des Betreuungsgeldes kann sich negativ auf den Fachkräftemangel auswirken, da es insbesondere Frauen vom Arbeitsmarkt fern hält.
- Gut ausgebildete Beschäftigte der Polizei sind auf dem Arbeitsmarkt nicht (Polizeivollzugsdienst) oder nur schwer zu gewinnen.
- Die Einführung des Betreuungsgeldes kann sich insgesamt negativ auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen auswirken.
- Je länger der Ausstieg von Frauen oder Männern aus dem Arbeitsmarkt anhält, desto schwieriger werden der Wiedereinstieg in das Berufsleben und damit die Entwicklungschancen. Bei längerem

Ausstieg droht auch bei Beschäftigten in der Polizei ein Karriereknick, der nicht mehr einzuholen ist.

- Bei einer Scheidung oder Trennung der Eltern droht die Gefahr, dass der aus dem Arbeitsleben ausgestiegene Elternteil keine adäquate Arbeitsstelle mehr findet, obwohl er/sie arbeiten will oder muss.
- Eine größere Gruppe von Jugendlichen hat bereits heute schulische Probleme. Eine frühkindliche Betreuung in guten Kindertagesstätten kann diesen Problemen entgegenwirken.
- Der Besuch einer Kita kann die Integration in der Gesellschaft fördern. Es steht zu befürchten, dass durch das Betreuungsgeld vor allem diejenigen Kinder von der frühen Förderung ferngehalten werden, die den größten Nutzen aus ihr ziehen würden.
- Gegen die Einführung des Betreuungsgeldes spricht auch, dass das familiäre Alleinverdienermodell bereits jetzt schon stark gefördert wird, z.B. durch die kostenfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Steuervorteil beim Ehegattensplitting. Der Staat unterstützt damit bereits jetzt schon den Erwerbsverzicht von einem Elternteil.

Wägt man das Für und Wider die Einführung eines Betreuungsgeldes für die Beschäftigten der Polizei ab und legt zu Grunde, dass die 1,2 Milliarden Euro pro Jahr entweder als Barleistung an Eltern ausgezahlt werden, die ihre Kinder ausschließlich zu Hause betreuen, oder in den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen fließen, so muss man zum Schluss kommen, dass für die Beschäftigten in der Polizei und deren verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezahlbare, dienstzeitbegleitende (schichtdiensttaugliche) Kinderbetreuungseinrichtungen – gerne auch in unmittelbarer Nähe der Dienststelle – wichtiger sind, als eine Bargeldleistung. Fehlende schichtdiensttaugliche Betreuungseinrichtungen an noch vielen Orten nehmen Eltern jedwede Wahlmöglichkeit, unabhängig von den persönlichen finanziellen Ressourcen.

Eine ablehnende Haltung zum Betreuungsgeld nehmen nicht nur die Gewerkschaften und einige Parteien ein, auch zwölf Frauenverbände haben in einer gemeinsamen Erklärung an die Regierungskoalition die Forderung gerichtet, auf das umstrittene Vorhaben zu verzichten.

**Dagmar Hölzl**





das Geld für Zigaretten, Alkohol oder Handys ausgeben, statt den Nachwuchs zu fördern. Ursula von der Leyen kritisierte dieses „Schwarz-Weiß-Denken“, plädierte aber dennoch für Sachleistungen als „unkomplizierten Weg“. Mittlerweile musste sie einräumen, dass allein 136 Millionen der Gesamtsumme von 642 Millionen Euro in die Verwaltung des Bildungspakets geflossen sind.

#### Das Bildungspaket

**Leistungen aus dem Bildungspaket bekommen Familien, die Hartz IV oder Wohngeld erhalten. Eltern können einen Zuschuss zum Mittagessen in Schule oder Kindertagesstätte beantragen; einen Euro pro Tag müssen sie selbst zahlen. Für Sportverein, Musikschule oder andere kulturelle Aktivitäten gibt es maximal zehn Euro im Monat. Unterstützt werden auch Schulausflüge sowie Nachhilfeunterricht. Bereits vor der Einführung der neuen Regelung bekamen arme Familien 100 Euro pro Schuljahr für Lehrmaterial und mehrtägige Klassenfahrten.** tg

Woran liegt es, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien zum Beispiel die Nachhilfeförderung kaum in Anspruch nehmen? Die bürokratischen Hürden sind nach wie vor hoch. Den Gutschein für den Zusatzunterricht gibt es z. B. nur, wenn zuvor die Schule schriftlich bestätigt, dass die Versetzung gefährdet ist. Je nach Wohnort und Sachbearbeiter ist es ohnehin unterschiedlich kompliziert, Zuschüsse aus dem Programm zu erhalten. Manche Hartz-IV-Eltern ziehen es offenbar vor, auf die Unterstützung zu verzichten oder bei Verwandten nachzufragen, statt um weitere, an Bedingungen geknüpfte staatliche Almosen von ein paar Euro zu betteln.

Der Kölner Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge spricht von einer „Pädagogisierung der Armut“ und der „Mythologisierung von Bildung“. Die Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien per Gutschein sei ein „begrenzt taugliches Mittel“. Als Alternative zur Bittstellerei um Sachleistungen plädiert er für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze: Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien seien weiterhin auch auf direkte Geldtransfers angewiesen.

Thomas Gesterkamp

## Bundesverfassungsgericht: Eingetragene Lebenspartnerschaften sind rückwirkend gleichzustellen

Bereits seit einiger Zeit ist durch Änderungen im saarländischen Beamten-, Besoldungs- Versorgungs- und Beihilferecht dafür gesorgt worden, dass die gesetzlich seit dem Jahre 2001 ermöglichten eingetragenen Lebenspartnerschaften (also die eheähnliche „Verpartnerung“ gleichgeschlechtlicher Lebenspartner/-innen) gleichgestellt werden, beispielsweise beim Familienzuschlag, der Berücksichtigungsfähigkeit als Angehörige in der Beihilfe, bei der Hinterbliebenenversorgung etc.

Nach einigem juristischem und manchmal auch ideologischem Gezerre erfolgten diese Anpassungen jedoch erst nach und nach in den auf das Jahr 2001 folgenden, insbesondere in den letzten Jahren.

Dies hat u.a. einen seit 2002 in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Bundesbeamten (Besoldungsgruppe A 8) nicht ruhen lassen. Er erblickte in der Verweigerung seiner von ihm bereits für die Zeit ab 2002 reklamierten Gleichbehandlung mit verheirateten Beamten hinsichtlich des Familienzuschlags einen Verfassungsverstoß und klagte sich von Hessen aus durch die Instanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG).

Jetzt hat ihm dieses höchste deutsche Gericht Recht gegeben.

Mit Beschluss BVerfG 2 BvR 1397/09 vom 19.06.2012 haben die acht Verfassungsrichterinnen und -richter des Zweiten Senats (darunter auch der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller) festgestellt (Leitsatz):

1. Die Ungleichbehandlung von verheirateten und in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Beamten beim Familienzuschlag der Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 Nr. 1 BBesG) stellt eine am allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG zu messende mittelbare Ungleichbehandlung wegen der sexuellen Orientierung dar.

2. Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer, in vergleichbarer Weise rechtlich verbindlich verfasster Lebensformen einher, obgleich diese nach dem geregelten Lebenssachverhalt und den mit der Normierung verfolgten Zwecken vergleichbar sind, rechtfertigt der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe keine Differenzierungen. Vielmehr bedarf es in solchen Fällen jenseits der bloßen Berufung auf Art. 6 GG eines hinreichend

gewichtigen Sachgrundes, der gemessen am jeweiligen Regelungsgegenstand und -ziel die Benachteiligung dieser anderen Lebensformen rechtfertigt (vgl. BVerfGE 124, 199 <226>).

Der Gesetzgeber sei nun verpflichtet – so das Gericht – den festgestellten Verfassungsverstoß für die in einer ein-



Der Autor:  
Carsten Baum

getragenen Lebenspartnerschaft lebenden Beamten, die (wichtige Anspruchsvoraussetzung !!) ihren Anspruch auf Auszahlung des Familienzuschlages zeitnah geltend gemacht haben, rückwirkend zum Zeitpunkt der Einführung der eingetragenen Lebens-

partnerschaften mit Wirkung zum 1.1.2001 zu beseitigen.

Näheres zur Problematik der Rückwirkung ist den Beschlussgründen (vgl. insbes. Randziffern 79 ff.) zu entnehmen.

DGB und GdP haben Anfang August ihre Untergliederung zu dem Beschluss informiert. Wir reichen dies nun im Service für unsere Mitgliedschaft weiter. Damit möchten wir Betroffenen helfen, die mitunter schon vor Jahren Ansprüche geltend gemacht haben, deren Verfahren aber bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung „auf Eis lagen“ bzw. ruhend gestellt waren. Dieser Informationspflicht stellt sich die GdP – unabhängig von der Vermutung, dass wohl nur eine Minderheit betroffen sein dürfte, wovon sich schon Bundestag (BT-Drucks. 17/6359, S. 3) und BVerfG (vgl. a.a.O., Rz. 84) überzeugt zeigten und ausführten, dass „nicht anzunehmen ist, dass die Anzahl der betroffenen Beamten sehr hoch sein wird.“

Dieser Artikel sowie der vollständige Beschluss des BVerfG sind auf der Webseite der GdP Saarland ([www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)) nachzulesen und herunterzuladen, der Beschluss auch im Internet unter [www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20120619\\_2bvr1138709.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20120619_2bvr1138709.html)

Carsten Baum



Moderne COFDM-Überwachungs-Technologie:

# Mit HD Auflösung die Lage scharf im Blick.



## Drahtlose Video Lösungen:

- Zuverlässige Lösungen von Schmalband bis HD
- Großlagenüberblick
- Luftüberwachung lokal
- Mobile Videoüberwachung auch ohne Sichtverbindung
- Offene und verdeckte Ermittlung
- UAV und UGV Aufklärung per IP-Link
- Hergestellt in Deutschland

**BMS Drahtlos-Systeme sind schnell verfügbar, bieten maximale Mobilität, sind flexibel einsetzbar, variabel im Einsatzzweck und arbeiten im BOS-Frequenzband.**

**BMS auf der GPEC:**

**» Halle 2-120**

**BMS**  
A Cohu Company

**30 Jahre Erfahrung in Drahtloser Video Übertragung**

Telefon: 06124 7239 00 | [saleseurope@bms-inc.com](mailto:saleseurope@bms-inc.com) | [www.bms-inc.com](http://www.bms-inc.com)

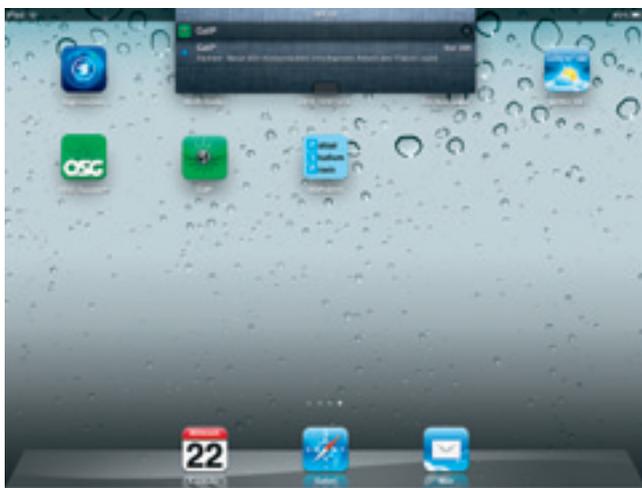


# Mit dem Smartphone in die GdP-Länder

**Ein Ladenhüter ist die GdP-APP gewiss nicht. Seit ihrer Erstaufgabe im November 2011 ist die Smartphone-Applikation über 22.000 Mal über die virtuelle Ladentheke gegangen. Der überwiegende Teil der Interessenten hat dabei auf die für „apple“-Endgeräte zugeschnittene iOS-Version zugegriffen, doch auch im „Android-Market“ sind ein paar tausend Downloads verzeichnet worden. Mit Erscheinen dieser DP-Ausgabe ist nun die GdP-APP 2.0 am Start – und die hat es in sich!**

Man könnte zwar etwas flapsig sagen: Die neue GdP-APP geht jetzt auf's Land, doch „in die Länder“ wäre deutlich präziser.

Wer die GdP-APP 2.0 herunter geladen hat, wird zwar zunächst keinen großen Unterschied zur Vorgängerversion er-



kennen. Doch lässt der Nutzer dann den scharfen Blick in die rechte, obere Ecke des Smartphone- oder Tablet-Screens schweifen, fällt unweigerlich ein kleines Zahnrad ins Auge. Dort mit der Fingerspitze geklickt, öffnet sich ein Auswahlfeld, das mit einem kleinen Fingerwischer den Zugang zu den 16 GdP-Ländern ermöglicht.

### Regionaler Anstrich

Über das Rückgrat des GdP-Webs, das GdP-Content-Management-System, kann jede GdP-Web-Redakteurin und jeder GdP-Web-Redakteur nunmehr seine Online-Informationen entweder automatisch in die länderspezifische APP einfließen lassen oder eigens für den APP-Auftritt konfigurieren. Bis auf wenige zu beachtende Vorgaben verfügen die GdP-Online-Experten über umfangreiche Gestaltungsfreiheiten und können so ihrer Länder-APP einen regionalen wie individuellen Anstrich verleihen.

### Neue Features

Trotz überwiegend positiver Reaktionen auf die GdP-APP fragten viele Nutzer wiederholt ein offenbar heiß begehrtes APP-Feature nach: den Schichtplaner. Mit der APP 2.0 wird diese Lücke Zug und Zug geschlossen. Ein eigens entwickelter Schichtplan-Generator ermöglicht demnächst Länder-Redakteurinnen und Redakteuren, landestypische Schicht-Modelle mit einem Tool so darzustellen, dass der Nutzer seine individuelle Schichtstruktur leicht in den Terminkalender seines Smartphones oder Tablet-PC's eintra-



gen kann. Ein Schichtplaner mit drei gängigen Schichtmodellen wird zunächst nur auf der Ebene des GdP-Bundesvorstandes abzurufen sein.

Eine weitere Neuerung ist die auf Smartphone- und Tablet-Eigenschaften angepasste neue GdP-Online-Bildergalerie. Angehängte pdf-Dateien können neuerdings grundsätzlich gezoomt werden und sind dadurch in der Lesbarkeit deutlich verbessert. Über neue Nachrichten aus der GdP-Welt informiert der sogenannte „Push-Dienst“. Durch ein akustisches Signal wird der GdP-APP-Nutzer auf den aktuellen News-Inhalt direkt hingewiesen.

### Ewige Baustelle

Selbst vor dem Hintergrund dieser erheblichen Erweiterung der GdP-APP bedeutet die GdP-Online-Welt für GdP-Webredakteurinnen und GdP-Web-Redakteure in Ländern und Bund eine ewige Baustelle. Manch gut Ding braucht eben Weile, wie das Projekt „Schichtplaner“ beweist. Viele gute Ideen sind auch schon in der Projektkiste. Die Sonder-Tagung des GdP-Redaktionsteams Anfang Juli in Berlin tat ihr Übriges dazu. Der interessierte APP-Nutzer kann sich indes sicher sein, dass an der Weiterentwicklung der APP tatkräftig gearbeitet wird – aber jetzt schnell in den iTunes-APP-Store oder in den Google-Play-Store, die GdP-APP 2.0 downloaden und umfassend, überall und zu jeder Zeit informiert sein. Viel Spaß.

*Michael Zielasko*



**TIPPS****GdP-Verkehrsforums-  
material im Internet**

Die Materialien des 3. GdP Verkehrsforums (siehe DP 6/12) zum Thema „Verbotene Stoffe im Straßenverkehr“ stehen nun zum Download bereit. Den Link zu den pdf-Dateien finden Interessierte online auf [gdp.de](http://gdp.de) unter dem Menüpunkt „Deutsche Polizei“ nach dem Klick auf die Online-Ausgabe der diesjährigen Juni-Ausgabe.

hjm

**Tauschbörse in Berlin**

Am Sonntag, dem 16.9.12, von 9.00 -14.00 Uhr findet in der Polizeiunterkunft Berlin-Schulzendorf (Gästehaus der Polizei) die 32. Sammler- und Tauschbörse für Uniformteile der Polizei und Feuerwehr statt. Anmeldungen und Einzelheiten unter: [g.a.skala@t-online.de](mailto:g.a.skala@t-online.de) oder Tel./Fax: 03302-228840. Das Gästehaus der Polizei ist unter [www.gaestehaus-der-polizei.de](http://www.gaestehaus-der-polizei.de) zu finden.

Andreas Skala

Lieber Feierabend ...  
... statt Steuerabend!



Wir helfen  
Ihnen bei der

**Einkommensteuer-  
erklärung\***

- bundesweit -

und zeigen Ihnen  
wie man richtig

**Steuern spart!**

Ihre Beratungsstelle erfahren  
Sie unter [www.lohi-fuldata.de](http://www.lohi-fuldata.de)  
oder Telefon 0 800 - 222 44 56

\*Allgemeine Betreuung und Beratung in Steuersachen im Rahmen einer Mitgliedschaft nach § 4 Nr. 11 Steuerberatungsgesetz

Bei Neu-  
mitgliedschaft  
**Gutschein**  
in Höhe von  
**15,-€**  
sichern.

**TASMANIAN  
TIGER**

Erhältlich im gut sortierten Fachhandel.  
Händler- und Produktinfos unter:  
[www.tasmaniantiger.info](http://www.tasmaniantiger.info)

**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller  
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % %  
Informieren Sie sich! % %  
**Telefon: (02207) 76 77** % %  
[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

**BRUNOX®**

**Waffenpflege ist**  
- Lauffreinigung,  
- Korrosionsschutz  
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:  
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

Alle Polizeifeste  
der GdP auf einen Blick!

**SCHULUNGEN  
für Polizeibehörden**

Manipulationsprävention ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung von Geldspielgeräten. Trotz der sichers-ten Gerätetechnik, die Produkte aus dem Hause Gauselmann bieten, gibt es immer wieder Versuche von Kriminellen, die Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Was früher mit grober Gewalt zu tun hatte, wird heute in einer gut organisierten Manipulationsszene mit Hightechgeräten ausgeübt. Mit der Professionalisierung der Täter ist auch der polizeiliche Bedarf nach Informationen stetig gestiegen, da dieses Gebiet für die ermittelnden Beamten oftmals Neuland ist und Tatwerkzeuge häufig nicht als solche erkannt werden. Als Ansprechpartner für Behörden und zur Vermittlung von Fachwissen bezüglich Manipulationen steht bei der Gauselmann Gruppe Rüdiger Schink als Unternehmensbeauftragter zur Verfügung. Durch seine mehr als 25-jährige Erfahrung kennt er die Technik der Geräte und ist seit rund fünf Jahren auf Manipulationsprävention spezialisiert.

Im Rahmen von polizeilichen Fortbildungen zum Thema Glücksspielkriminalität hat er sein Wissen bereits mehrfach an Polizeibeamte vermittelt. Darüber hinaus unterstützt er die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten, etwa durch die Mithilfe bei Razzien oder bei der Erstellung von Gutachten. Zudem tritt er als Sachverständiger vor Gericht auf. Um das Wissen rund um Geldspielmanipulation weiter zu vermitteln, bietet die Gauselmann Gruppe Behörden kostenlose Seminare an. Für Termine ist Rüdiger Schink unter der Nummer 05741/273-264, per Fax 05741/273-8925 oder per E-Mail [rschink@gauselmann.de](mailto:rschink@gauselmann.de) zu erreichen.



Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · [www.gauselmann.de](http://www.gauselmann.de)



# Nach Klartext-Studie jetzt Maßnahmen-Katalog

## Problemlage in der Bundespolizei und Lösungsmöglichkeiten

**Wer Wissenschaft praxis- und nutzenorientiert betreibt, darf sich nicht darauf beschränken, bestehende Probleme empirisch zu diagnostizieren, sondern muss auch Vorschläge zur Lösung dieser Probleme generieren. Die Forschergruppe „Klartext 2010“ hat dies an der Technischen Universität Chemnitz im Auftrag der GdP für den Bereich der Bundespolizei getan. Im folgenden Beitrag wird zunächst die erhobene Problemlage dargestellt und anschließend werden die entwickelten Maßnahmenempfehlungen vorgestellt, welche mittlerweile dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages sowie dem Bundesministerium des Innern vorliegen.**

### Problemlage

Die Bundespolizei ist nicht nur an der Grenze der Belastbarkeit angelangt, sondern hat diese zum Teil deutlich überschritten. Verschiedene Studien belegen eine chronische Überbelastung in der Bundespolizei – mit äußerst negativen Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten sowie auch die Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei. So kommt die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene „Beerlage-Studie“ zu dem Ergebnis, dass der Anteil hoch ausgebrannter Einsatzkräfte in der Bundespolizei besonders groß ist und organisationale Ressourcen in der Bundespolizei die erlebte hohe Arbeitsdichte nicht ausgleichen können.<sup>1</sup> Die von der Gewerkschaft der Polizei in Auftrag gegebene und an der TU Chemnitz erstellte „Strohmeier-Studie“ zeigt, dass in diversen Bereichen der Bundespolizei die Belastung äußerst groß ist, sowie zum Teil sehr schlechte Rahmenbedingungen vorherrschen – mit zum Teil gravierenden Folgen für die Berufszufriedenheit in der Bundespolizei, die zukünftige Entwicklung der Bundespolizei sowie auch die Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei.<sup>2</sup> Tatsache ist, dass die Schere zwischen den Aufgaben und Herausforderungen der Bundespolizei einerseits und den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen andererseits immer weiter auseinanderläuft. Dabei sind folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

#### **Ausdehnung des Aufgabenspektrums der Bundespolizei**

In den letzten zehn Jahren hat der Aufgabenumfang der Bundespolizei si-

gnifikant zugenommen. Durch das Anti-Terror-Paket 2001 wurden bestehende Aufgaben ausgedehnt (Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen im Luftverkehr, Erhöhung der Schutzmaßnahmen für Bundesorgane und Berlin, Erhöhung der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei, Erhöhung der Schutzmaßnahmen für deutsche Auslandsvertretungen sowie des Personenschutzes etc.) und neue Aufgaben (Flugbegleitung) geschaffen. Darüber hinaus wurden der Bundespolizei weitere Zusatzaufgaben übertragen (die Überwachung der österreichischen Grenze, Personen und Objektschutz in Krisengebieten, neue Auslandsverwendungen bzw. -missionen etc.). Ferner sind bestehende Aufgaben nicht entfallen, sondern allenfalls transformiert und/oder ausgedehnt worden. So hat der Wegfall der stationären Kontrollen an den Binnengrenzen durch das Schengen-Abkommen im Aufgabenbereich der Bekämpfung der illegalen Migration keine Entlastung, sondern teilweise zusätzliche Belastungen gebracht, z. B. im Rahmen der mobilen Einsatzkommandos an den Grenzen sowie der zunehmenden verdachtsunabhängigen Kontrollen im Bahnbereich. An den Flughäfen konnte eine Personalfreisetzung durch den Wegfall von Kontrollen bei „domestic flights“ innerhalb des Schengen-Raums vor allem durch die Zunahme des Außer-Schengen-Personenverkehrs und den gestiegenen Personalbedarf in der Luftsicherheit, in den Rückführungsbereichen sowie den Gepäckkontrollen mehr als nur kompensiert werden. Aus geplanten Flughafen- und Flughafenbaumaßnahmen könnte sich in Zukunft ein weiterer Personalbedarf ergeben. Ein höherer Personalbedarf resultiert

zudem aus der zunehmenden Zahl an Aufgaben zur Bekämpfung der Piraterie, zur Telekommunikationsüberwachung und IT-Sicherstellung sowie zur Abwehr terroristischer Angriffe und Sabotageakte, besonders zum Schutz von Anlagen des öffentlichen Personenverkehrs und von Einrichtungen der Bundesregierung und des Bundestages.

#### **Gestiegene Herausforderungen bei der Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei**

Nicht nur die Aufgaben der Bundespolizei, sondern auch die Herausforderungen bzw. Gefährdungen bei der Bewältigung dieser Aufgaben haben zugenommen. So sind z. B. die Angriffe auf Bundespolizisten in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Ein Vergleich der Jahre 2006 und 2010 zeigt, dass sich die Zahl der Angriffe (2006: 654; 2010: 1.228), der Angreifer (2006: 787; 2010: 1.468), der angegriffenen Polizeivollzugsbeamten (2006: 1.014; 2010: 2.064) sowie der verletzten Polizeivollzugsbeamten (2006: 211; 2010: 436) in etwa verdoppelt hat.<sup>3</sup>

#### **Personalmangel und Stellenunterbesetzung**

Bei einer Gesamtbetrachtung ist – trotz zusätzlicher Aufgaben und gesteigener Herausforderungen – kein faktischer Zuwachs an Personal sowie eine beträchtliche Stellenunterbesetzung zu verzeichnen. Stellenzuwächse, die im Rahmen des Anti-Terror-Paketes 2001 bzw. als Ressourcenzuwächse unter Gegenrechnung der Arbeitszeiterhöhung von 38,5 auf 41 Stunden eingeplant wurden, sind durch Stelleneinsparungen und Aufgabenausdehnungen weitgehend verpufft. Ein Vergleich des Organisations- und Dienstpostenplans (der „SOLL-Besetzung“) mit der IST-Besetzung am 1.6.2011 macht zudem deutlich, dass bei den Polizeivollzugsbeamten (SOLL: 32.076; IST: 30.615,4), den Verwaltungsbeamten (SOLL: 1.744,5; IST: 1.411,5) sowie den Arbeitnehmern (SOLL: 5.802,5; IST: 5.621) eine sichtbare Unterdeckung vorhanden ist.<sup>4</sup> Diese wird durch bestimmte personalintensive Aufgaben wie Auslandsverwendungen und Fremdverwendungen forciert, die





... wieder Atem schöpfen



## Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Themen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622

## Gemeinsam neue Wege gehen

Stärken entdecken durch multiprofessionelle Hilfe

Die AHG Klinik Lübeck bietet ein umfassendes Beratungs- und Behandlungsangebot für Menschen mit einer Suchtproblematik an.

Das Angebot umfasst das gesamte Behandlungsspektrum von der Beratung über Entzug und Entwöhnungsbehandlung bis zur Adaption und Nachsorge.

### » Leistungen:

Entwöhnungsbehandlung bei Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit (stationär und ambulant); ambulante Nachsorge; stationärer Entzug; Beratung; Raucherentwöhnung.



AHG Klinik Lübeck

### Information und Beratung

fon +49 451.5894-226

www.ahg.de/luebeck

## AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont



Spezialklinik für Verhaltenstherapie Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover

**Chefarzt:**  
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.  
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

### Kostenträger:

Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont



## MEDIRENTA CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

## Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz:

Seit rund 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Medirenta bietet Ihnen und Ihren Angehörigen bundesweit einen Komplett-Service – Sie schicken uns sämtliche Unterlagen die Krankenkosten und die Beihilfe betreffend, alles andere erledigen wir!

Mehr Informationen unter Telefon

**030 / 27 00 00**

**MEDIRENTA**

Ihr Beihilfeberater

www.medirenta.de

info@medirenta.de

**NaturaMed**  
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

**Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose**

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

**0 75 24 . 990 - 222**  
88339 Bad Waldsee  
**naturamed.de**

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**PO** **LIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Das Präventionsportal

www.PolizeiDeinPartner.de



## BUNDESPOLIZEI

im Organisations- und Dienstpostenplan nicht (gesondert) abgebildet sind. Die Stellenproblematik bzw. zunehmende Schere zwischen Personal und Aufgaben der Bundespolizei lässt sich dadurch verdeutlichen, dass die Zahl der Polizeivollzugsbeamten im Jahre 2011 in etwa ebenso groß ist wie vor der Verabschiedung der Anti-Terror-Gesetze. So belief sich die Zahl der Polizeivollzugsbeamten am 30.6.2001 auf 30.316 (29.258 planmäßige Polizeibeamte und 1.058 Polizeibeamte auf Probe).<sup>5</sup> Folglich ist der Personalstand in etwa konstant geblieben, obwohl sich der Aufgabenkanon und die personelle

den dienstlichen Belastungsgrad als hoch bzw. sehr hoch – und nur gut ein Zehntel (11,5 %) die Möglichkeit zum Ausgleich der dienstlichen Belastung als gut bzw. sehr gut – bewerten.<sup>6</sup>

### **Forcierung der Überbelastung aufgrund der Überalterung der Bundespolizei**

Hohe bzw. zusätzliche Belastungen verursachen mit zunehmendem Alter auch zunehmende Probleme, vor allem im Polizeivollzugsdienst. Infolgedessen ist es bedenklich, dass die Altersstruktur der Beschäftigten der Bundespolizei im Poli-

leiten müssen bzw. mussten (66,7 % sechs Jahre und länger), sondern auch, dass mehr als vier Fünftel (83%) der Betroffenen die (physische und psychische) Belastung durch den Schichtdienst als groß bzw. sehr groß empfinden und mit zunehmendem Alter die Belastung durch den Schichtdienst steigt.<sup>8</sup>

### **Forcierung der Belastungssituation durch die existierenden Rahmenbedingungen**

Die existierenden Rahmenbedingungen in der Bundespolizei führen nicht zu einer Kompensation, sondern vielmehr



**Am 8. April 2011 sind der GdP-Bundesvorsitzende, Bernhard Witthaut (r.), der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring, und Prof. Dr. Gerd Strohmeier (l.) von der TU Chemnitz mit den zentralen Ergebnissen der „Klartext-Studie“ vor der Berliner Bundespressekonferenz an die Öffentlichkeit gegangen. Foto: M. Tetzner**

Intensität bei der Aufgabenerfüllung deutlich ausgeweitet haben.

### **Chronische Überbelastung der Bundespolizei**

Angesichts der zunehmenden Schere zwischen den Aufgaben und Herausforderungen der Bundespolizei einerseits und den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen andererseits ist eine chronische Überbelastung in der Bundespolizei festzustellen. Die „Strohmeier-Studie“ zeigt u. a., dass gut drei Viertel (76,2 %)

zeivollzugsdienst eine deutliche Überalterung aufweist. Ein sehr großer Teil dieser Beschäftigten (42,8 %) war 2010 zwischen 39 und 50 Jahre alt.<sup>7</sup> In zehn Jahren wird dieser „Altersbauch“ die 49- bis 60-Jährigen umfassen und die Bundespolizei mit Blick auf den Schicht und Einsatzdienst vor enorme Herausforderungen stellen. Die „Strohmeier-Studie“ zeigt z. B. mit Blick auf den Schichtdienst nicht nur, dass relativ viele Beschäftigte (85 %) Schichtdienst leisten müssen bzw. mussten und viele davon relativ lange Schichtdienst

zu einer Forcierung der Belastungssituation. Die „Beerlage-Studie“ kommt zu dem Ergebnis, dass das eingeschränkte Wohlbefinden, Burn-out-Fälle und krankheitsbedingte Fehltag vor allem aus den unzureichenden und frustrierenden Rahmenbedingungen der Arbeit resultieren.<sup>9</sup> Die „Strohmeier-Studie“ zeigt ebenfalls, dass die vielfältigen beruflichen Rahmenbedingungen ein zentrales Problem darstellen, das sich nachhaltig auf die wahrgenommene Belastungssituation und Berufszufriedenheit auswirkt.



Derartige negative Rahmenbedingungen ergeben sich aus der Nichteinhaltung der Arbeitszeitregelung, häufigen (kurzfristig angeordneten) Wochenenddiensten, häufiger (kurzfristig angeordneter) Mehrarbeit, fehlenden Abbaumöglichkeiten geleisteter Mehrarbeit, langen Schichtdiensttätigkeiten, Auslandsverwendungen, häufigen Versetzungen an einen anderen Dienstort, langen Abordnungen sowie heimatfernen Verwendungen (die zu einem äußerst hohen Anteil an Fernpendlern führen). Weitere negative Rahmenbedingungen resultieren u.a. aus fehlenden Ausgleichs- und Betreuungsmöglichkeiten, hohen finanziellen Belastungen in Ballungsräumen, der hohen Reglementierung und Bürokratisierung, mangelhafter Ausrüstung, Bekleidung und zur Verfügung stehender Infrastruktur (IT-Technik), dem unzulänglichen Beurteilungssystem, mangelnden beruflichen Entwicklungs-, Fortbildungs- und Beförderungsmöglichkeiten bzw. Aufstiegs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie der schlechten Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – im Kern: der schlechten Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie privaten Verpflichtungen.<sup>10</sup>

## **Hohe Krankenstände, Vorruhestands- und Burn-out-Fälle**

Als Folge der Überbelastung und natürlich auch der Überalterung sind in der Bundespolizei (im Vergleich zu anderen Berufen) außerordentlich hohe Krankenstände und besonders viele Burn-out-Fälle zu registrieren. Auf einen Beschäftigten der Bundespolizei entfielen beispielsweise im Jahre 2010 im Durchschnitt 21,45 Ausfalltage (krankheitsbedingte Fehltag).<sup>11</sup> Zudem sind im Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei 154 Beamte (mit einem Durchschnittsalter von 48,72 Jahren) vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden.<sup>12</sup> Dies entspricht etwas mehr als einem Drittel der jährlichen Neueinstellungen, die im Jahre 2011 bei 450 Beamten lag.<sup>13</sup> Die „Beerlage-Studie“ kommt zu dem Ergebnis, dass gut ein Viertel (25,4 %) der Beschäftigten der Bundespolizei an Burnout leidet, dieser Anteil im Laufe der letzten Jahre zugenommen hat und im Vergleich zu anderen Einsatzkräften in der zivilen Gefahrenabwehr (auch im Vergleich zu den Polizeien der Länder) deutlich erhöht ist.

## **Forcierung der Überbelastung durch die hohen krankheitsbedingten Ausfälle**

Die Überbelastung in der Bundespolizei wird – neben den Lücken, die Auslandseinsätze und Fremdverwendungen (z. B. die

Verwendung von Personal aus dem operativen Polizeidienst für verwaltungsinterne Sonderaufgaben) reißen – durch die hohen Krankenstände sowie auch Vorruhestandsfälle forciert. Dabei wird ein regelrechter Spiralprozess in Gang gesetzt, bei dem die Überbelastung zu Ausfällen, diese zu einer höheren Überbelastung und diese zu erneuten Ausfällen führt usw.

## **Attraktivitätsverlust der Bundespolizei als Arbeitgeber**

Aufgrund der Überbelastung, schlechten Rahmenbedingungen und geringen Berufszufriedenheit verliert der Dienst in der Bundespolizei und somit die Bundespolizei als Arbeitgeber deutlich an Attraktivität. Dieser Attraktivitätsverlust wird durch die demographische Entwicklung sowie die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (u.a. auch durch die Polizeien der Länder) forciert. Die „Strohmeier-Studie“ zeigt z. B., dass nur etwa ein Fünftel (19,7 %) glaubt, dass es der Bundespolizei in Zukunft gelingen wird, das notwendige qualifizierte Personal zu gewinnen.

Vor dem Hintergrund der skizzierten

genen Aufgaben – ohne dabei die Gesundheit der Beschäftigten der Bundespolizei zu gefährden – ist jedoch nur möglich, wenn auch die Ressourcen für diese Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt werden. Die Schere zwischen den Aufgaben und Herausforderungen der Bundespolizei einerseits und den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen andererseits darf nicht weiter auseinanderlaufen, sondern muss dringend geschlossen werden. Eine dringend notwendige Verbesserung der Situation der Bundespolizei bedarf vielfältiger Maßnahmen – von denen keineswegs alle finanzielle Aufwendungen implizieren.

## **Maßnahmenempfehlungen**

Die Reduzierung der Überbelastung der Bundespolizei sowie die (damit verbundene) Steigerung der Berufszufriedenheit und Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei lässt sich durch vielfältige Maßnahmen erreichen, die auf unterschiedlichen Ebenen – den Dienststellen, den Behörden (Direktionen,



**Die Studie wurde in allen Bundespolizeidirektionen, vielen Dienststellen und der Bundespolizeiakademie vorgestellt sowie mit den Führungskräften und der Basis eingehend diskutiert – hier in Koblenz. Foto: Roland Voss**

Situation wirken sich Kürzungen des (Personal)Haushalts im Bereich der Bundespolizei verheerend aus: Sie gefährden nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten der Bundespolizei, sondern auch die Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei – und damit die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundespolizei ist vom Gesetzgeber ein äußerst breites und vielfältiges Aufgabenspektrum übertragen worden. Eine zufriedenstellende Erfüllung der übertra-

gen Aufgaben, dem Bundespolizeipräsidentium und den politisch Verantwortlichen – ansetzen. Grundsätzlich wird empfohlen, die dargestellten Problemfelder zum Gegenstand eines auf alle Ebenen verteilten, kontinuierlichen Verbesserungsprozesses der Bundespolizei zu machen, der in festgelegten Zeitintervallen implementiert und evaluiert wird.

### **• Personalaufstockung und -umschichtung**

Die bestehenden Lücken im Personalbereich sollten – vor dem Hintergrund





microdrones.com

## md4-1000: Fliegt länger



Schneller  
aufklären

Sie können Ihre Augen nicht überall haben? Mit der md4-1000 von microdrones schon – denn manchmal sieht ein Auge mehr als zwei.

Ausgestattet mit hochauflösenden Foto-, Video- und Thermografiesystemen, erleichtert der fortschrittliche Assistent aus der Luft die Arbeit von Polizei, Sonderheiten und Rettungskräften. GPS-Autopilot und permanente Datenverbindung zum Boden vereinfachen Aufklärungs-, Erkundungs- und Rettungseinsätze. Ob lebensgefährliche Situationen oder schwer erreichbare Einsatzorte: die md4-1000 ist schnell, geräuscharm, präzise und ausdauernd – und hilft überall da, wo Sie an die Grenzen des Möglichen stoßen.

[www.microdrones.com](http://www.microdrones.com)

### Ihre Vorteile:

- ▶ Gestochen scharfe, digitale Bilder bei Tag und Nacht
- ▶ Flexibles Nutzlastkonzept: Thermal, Multispektral, Gas u.v.m.
- ▶ Maximale Nutzlast bei gleichzeitig höchstmöglicher Flugdauer
- ▶ Bedienerfreundliche Basisstation mit Livebild- und Telemetrie-Empfang
- ▶ Voll automatische GPS Wegpunkt Navigation
- ▶ Manuelle Steuerung mit und ohne GPS-Unterstützung / Auto-Homing
- ▶ Fortschrittlichstes Lage-, Höhen- und Richtungkontrollsystem
- ▶ Integrierte BlackBox für Datendokumentation und Analyse
- ▶ Zahlreiche Sicherheitsfunktionen wie Autolanding und Virtual Fence
- ▶ Einfachster Transport durch klappbare Arme
  - ▶ Jederzeit in wenigen Minuten einsatzbereit
  - ▶ Wetterfest, geräuscharm, umweltfreundlich



#### Kontakt:

[info@microdrones.com](mailto:info@microdrones.com)

Fon +49 (0)271 770038-0

Als Mitglied der Association for Unmanned Vehicle Systems International (AUFSI), der deutschsprachigen Arbeitsgruppe für Unbemannte Luftfahrzeuge (UAV-DACH) und der UVS-International investieren wir sowohl international als auch im Rahmen der Europäischen Kommission in Forschung und Entwicklung und stetigen technologischen Fortschritt.



des bestehenden Aufgabenspektrums – schnellstmöglich geschlossen werden, um die Überlast zu reduzieren und den oben beschriebenen Spiralprozess zu stoppen. Zudem wäre zu prüfen, inwiefern Stellen auf der Grundlage der Arbeitsbelastung langfristig und zwanglos zugunsten der „operativen Basis“ umgeschichtet werden können bzw. durch weitblickende Personalrekrutierungs- und -entwicklungsmodelle bedarfsgerecht gewonnen werden können. Überdies sollten künftige Aufgabenerweiterungen und -ausdehnungen nur im Rahmen eines adäquaten Personaldeckungsverfahrens erfolgen.

## • **Verjüngungsschub**

Der Überalterung im Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei und den damit einhergehenden negativen Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten und die Aufgabenerfüllung kann nur durch einen deutlichen Verjüngungsschub entgegen gewirkt werden. Folglich bedarf es eines gewissen „Einstellungstunnels“, um der Überalterung im Polizeivollzugsdienst entgegenzuwirken. Ferner sollte geprüft werden, inwiefern Beschäftigte der Bundespolizei im Polizeivollzugsdienst, die sich in der letzten Alterskohorte bewegen und gesundheitsbedingt möglicherweise von einer Frühpensionierung bedroht sind, „umgruppiert“ werden können. Denkbar wäre auch die Einführung eines belastungsdifferenzierten Einstiegsalters in den Ruhestand, wie es z. B. bei den Polizeien in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz eingeführt wurde.

## • **Besseres Kräfte management**

Ein besseres Kräfte management könnte dazu führen, dass weniger Personal benötigt und in der Folge die Überlast reduziert wird. So sollte bei der Ermittlung des Kräftebedarfs stärker als bisher geprüft werden, ob die Anforderung verhältnismäßig, d. h. nicht zu hoch, ist. Prinzipiell ist davon auszugehen, dass ein Teil der Überlast unnötig entsteht und an dieser Stelle Ressourcen eingespart werden können.

## • **Verlässlichere Dienstplanung und Freie-Wochenend-Garantien**

Ein noch größeres Problem für die Beschäftigten der Bundespolizei als die Arbeit in unregelmäßigen Arbeitszeiten ist die kurzfristige Abweichung von Dienstplänen – und damit die geringe Verlässlichkeit der Arbeitszeitregelung, die geringe Planbarkeit des Familienlebens etc. Eine verlässlichere Dienstplanung, insbesondere mit Blick auf die Wochenenddienste, kann die Belastung erheblich

reduzieren und die Berufszufriedenheit, vor allem mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, deutlich erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Einsätze weit im Vorfeld planbar sind, also nicht zu kurzfristigen Dienstplanänderungen führen dürften. Deshalb sollte bei Anforderungen von Einsatzkräften darauf geachtet werden, dass diese frühzeitig erfolgen, so dass größtmögliche Vorlaufzeiten für Dienstplanänderungen eingehalten werden können. Eine wichtige Maßnahme zur Erhöhung der Verlässlichkeit des Dienstplans bilden ferner Freie-Wochenend-Garantien. So könnte im Rahmen einer rechtlich verankerten Schutzklausel sichergestellt werden, dass nur zweimal im Monat und nicht an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden Dienst verrichtet werden darf oder nach zwei aufeinanderfolgenden Wochenenddiensten ein Mindestanspruch (z. B. ein freies Wochenende plus ein freier Tag) zu deren Kompensation besteht.

## • **Einführung von Langzeitarbeitskonten**

Durch das Führen von Langzeitarbeitskonten könnte sichergestellt werden, dass Überstunden nicht verfallen und langfristig ausgeglichen werden. Dies würde die Belastung deutlich reduzieren und die Berufszufriedenheit, gerade auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, signifikant erhöhen.

## • **Ausbau der Betriebsmedizin und des Gesundheitsmanagements**

Die hohen Krankenstände, der große Anteil langfristiger Krankheitsfälle (Krebserkrankungen etc.), die starke Überalterung sowie die große Burn-out-Gefährdung in der Bundespolizei verlangen nach dem Ausbau der Betriebsmedizin bzw. einem guten Gesundheitsmanagement, das sich aus umfassenden reaktiven und präventiven Maßnahmen zusammensetzt, die gezielt an berufsspezifischen Erkrankungen, z. B. Schichtkrankungen, ansetzen. Zu den vielfältigen Maßnahmen zählen u.a. umfassende Beratungsangebote, die Einführung von Vorsorgekuren für langjährig Schicht und Einsatzdienstleistende sowie der Gesundheits- und Dienstspport.

## • **Schaffung eines gerechten, effizienten und transparenten Beurteilungssystems**

Das gegenwärtig existierende Beurteilungssystem ist weder gerecht noch effizient noch transparent. Bei der dringend notwendigen Erstellung eines neuen Beurteilungssystems sollte geprüft wer-

den, ob bzw. inwiefern die Zahl der Noten reduziert, der Beurteilungszeitraum vergrößert, der bürokratische Aufwand abgebaut, die Quotierung reformiert und die „Lebensnähe“ der Beurteilung gesteigert werden könnte. Eine deutliche „Verschlangung“ des Beurteilungsverfahrens scheint sowohl für die Beurteiler als auch für die Beurteilten vorteilhaft zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch dem Problem zu begegnen, dass sehr gute Beurteilungen keine Auswirkung auf die Beförderung haben, da hierdurch ein großes Frustrationspotenzial aufgebaut wird.

## • **Bürokratieabbau**

Eine deutliche Reduzierung der Belastung bzw. Erhöhung der Berufszufriedenheit lässt durch den Abbau von (unnötiger) Bürokratie erreichen. Deshalb sollten (allzu strikte) Reglementierungen sowie die Arbeitsabläufe generell (möglichst unter Einbeziehung der Betroffenen) einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden. Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang, dass die Kernaufgaben der Polizeiarbeit nicht zu sehr von (wenig sinnvollen) administrativen Tätigkeiten überlagert oder gar verdrängt werden. Schließlich wird ein großes Frustrationspotenzial aufgebaut, wenn der „eigentliche Job“ aufgrund administrativer Tätigkeiten in den Hintergrund tritt.

## • **Dezentrale(re) Verantwortungsübernahme**

Ein wesentliches Problem der Bundespolizei ist neben der Bürokratie die (zunehmende) Zentralisierung. Durch eine dezentral(er)e Verantwortungsübernahme könnten Ressourcen gespart und diverse Prozesse optimiert werden. Mit einem dezentrale(re)n Personalmanagement (einer regionalen Personalplanung und -einstellung) könnten z. B. entstehende Lücken besser geschlossen und lange Abordnungen sowie heimatferne Verwendungen vermieden bzw. reduziert werden. Somit sollten die bestehenden Steuerungsstrukturen, inklusive der sogenannten „ergebnisorientierten Steuerung“, kritisch hinterfragt werden. Ferner wäre zu prüfen, inwiefern selbständiges Arbeiten der Beschäftigten der Bundespolizei ermöglicht und gefördert werden kann.

## • **Auflösung des Beförderungsstaus und Gestaltung eines Attraktivitätsprogramms**

Von den Beschäftigten der Bundespolizei im Polizeivollzugsdienst, die sich in ihrem ersten Beförderungsstadium (A 8) befinden, sind 56,9 % 31 bis 40, 30,6 % 41 bis



50 und 4,7 % 51 bis 60 Jahre alt. Von den Beschäftigten der Bundespolizei im Verwaltungsdienst, die sich in ihrem ersten Beförderungsjahr (A 7) befinden, sind 32,8 % 31 bis 40, 42,0 % 41 bis 50 und 16,8 % 51 bis 60 Jahre alt.<sup>15</sup> Eine Auflösung des daraus ersichtlichen Beförderungstaus (die durch bloße Altersabgänge nicht zu erreichen ist) würde enorm dazu beitragen, dass das Frustranzpotential und die Perspektivlosigkeit der Betroffenen abgebaut wird. Zudem sollte über ein neues Attraktivitätsprogramm bzw. ein neues Laufbahnrecht nachgedacht werden, das das 2013 auslaufende Attraktivitätsprogramm ablöst und dem mittleren Dienst entsprechende Perspektiven (Aufstiegs-

Ballungsräumen ließen sich durch die Einführung von Orts- bzw. Ballungsraumzulagen, z. B. in Form eines Kaufkraftausgleichs bzw. von Mietzuschüssen, kompensieren. Entsprechende Regelungen könnten in Anlehnung an den bis in die 1970er Jahre existierenden Ortszuschlag oder den Kaufkraftausgleich bei Auslandsdienstbezügen geschaffen werden.

### • Einführung von speziellen Zulagen für (Fern)Pendler

Etwa die Hälfte der Beschäftigten der Bundespolizei sind (Fern)Pendler und infolgedessen einer besonderen mentalen und finanziellen Belastung ausgesetzt. Diese könnte durch die Schaffung von besse-

wie eine permanente Beschwerde und Eingabemöglichkeit seitens der Beschäftigten institutionalisiert werden.

### • Bessere Kooperation mit polizeilichen Fortbildungseinrichtungen der Länder

Der Wunsch nach Fortbildung und Aufstieg ist in der Bundespolizei durchaus sehr groß, stößt jedoch auf gewisse „Hürden“. Eine bessere Kooperation mit den Fortbildungseinrichtungen der Polizeien der Länder mit dem Ziel, den beruflichen Aufstieg in die nächst höhere Laufbahn nicht mehr ausschließlich bzw. vollständig an die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FB Bundespoli-



Die Ergebnisse der Strohmeier-Studie wurden am 8. September 2011 im Innenausschuss des Bundestages vorgestellt.

Foto: GdP

möglichkeiten in den gehobenen Dienst bzw. in Zwischenstufen etc.) bietet.

### • Einführung von Orts bzw. Ballungsraumzuschlägen

Das zentrale Problem der Bundespolizei ist nicht die Bezahlung, sondern die Belastung. Dennoch ist das Gehalt der Beschäftigten im mittleren Dienst in den Ballungsräumen im Vergleich zu den Kosten für den Lebensunterhalt zu gering bzw. nicht ausreichend. Dies betrifft natürlich vor allem die Beschäftigten, die sich in ihrem Eingangsjahr befinden (16,7 % der Beschäftigten der Bundespolizei im Polizeivollzugsdienst und 14,2 % der Beschäftigten der Bundespolizei im Verwaltungsdienst).<sup>16</sup> Grundsätzlich besteht jedoch ein starkes Kaufkraftgefälle zwischen gleich besoldeten Beamten in Ballungsräumen und Nichtballungsräumen. Übermäßige Kostenbelastungen in

ren, länger wirksamen und der Lebenswirklichkeit angemesseneren Umzugskosten und Trennungsgeld-Regelungen entschärft werden. Entsprechende Regelungen ließen sich in Anlehnung an bestehende Regelungen für Zeitsoldaten in der Bundeswehr schaffen, denen eine Wahloption zwischen Umzug und weiterem Trennungsgeldbezug eingeräumt wird.

### • Permanente Überprüfung und Beschaffung der Dienstbekleidung und -ausrüstung

Die Beschäftigten der Bundespolizei im Polizeivollzugsdienst sind zum Teil erheblichen Gefahren ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist eine einwandfreie Dienst- und Einsatzbekleidung sowie Dienstausrüstung unabdingbar – im Moment aber nicht überall vorhanden. Infolgedessen sollte eine kontinuierliche Überprüfung seitens des Bundespolizeipräsidiums so-

zei) in Lübeck zu koppeln, könnte – aufgrund der zum Teil großen Entfernungen zu Lübeck und begrenzten Kapazitäten – die Fortbildungsmöglichkeiten sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich erleichtern. Schließlich könnten einige Lehrmodule dezentral an den polizeilichen Fortbildungseinrichtungen der Länder angeboten werden – und dadurch auch die Aus- und Fortbildungsorganisation der Bundespolizei entlastet werden.

### • Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auch zur Verbesserung der Situation Alleinerziehender ließe sich durch den Ausbau des Angebots von Kinderbetreuungsmöglichkeiten schaffen, z. B. durch spezifische regionale Kooperationen, wie sie u.a. in Potsdam vereinbart werden.



## • Identitäts- und Traditionspflege

Die gegenwärtige Berufszufriedenheit bzw. Stimmungslage in der Bundespolizei macht deutlich, dass das „Selbstbewusstsein“ bzw. das „Wir-Gefühl“ ausbaufähig ist. Dies ließe sich u.a. durch eine Pflege der Identität und der Tradition der Bundespolizei erreichen. So könnte beispielsweise der 15. März 1951, das Gründungsdatum des Bundesgrenzschutzes, in angemessener Form, z. B. als Tag der Beförderung, gewürdigt werden.

## • Schaffung nichtmonetärer Anreize

Durch Wertschätzung und Anerkennung lässt sich die Berufszufriedenheit sowie intrinsische Motivation und darüber auch die Arbeitsleistung in der Bundespolizei steigern. So könnten besondere Einsätze bzw. Leistungen mit Dienstbefreiungen bzw. Dienstzeitverkürzungen honoriert werden. Einen wichtigen nichtmonetären Anreiz, der zudem der Identitätspflege dient und kaum Kosten verursacht, bilden Auszeichnungen, deren ideeller Wert und Bedeutung für die intrinsische Motivation sowie auch für die Entwicklung eines „Wir-Gefühls“ nicht zu unterschätzen ist. Zu denken wäre an die Stiftung eines Ehrenzeichens der Bundespolizei, das in verschiedenen Stufen sowie in besonderen Ausführungen verliehen werden könnte – etwa in Anlehnung an das Ehrenzeichen der Bundeswehr (gewissermaßen „als sichtbare Anerkennung für treue Dienste und in Würdigung beispielhafter polizeilicher Pflichterfüllung“) oder die Ehrenzeichen anderer Polizeien im internationalen Vergleich, wie z. B. die Ehrenmedaille für Tapferkeit und persönlichen Einsatz in Frankreich..

## • Prüfung einer Aufgabenübertragung bzw. -kompensation

Die Bundespolizei wird zunehmend mit Aufgaben betraut, die zumindest nicht in ihren primären Zuständigkeitsbereich fallen und die Belastung, z. B. durch Wochenenddienste, deutlich erhöhen. Zu denken ist hierbei an die hohen Anforderungen der Bundesbereitschaftspolizei durch Polizeien der Länder. Nicht zuletzt durch den verschiedentlichen Abbau der Landesbereitschaftspolizeien ist die Anforderung der Bundesbereitschaftspolizei durch die Polizeien der Länder vom Ausnahmefall zum Regelfall geworden. Eine konsequente Beteiligung der Länder an den Einsatzkosten der Bundespolizei könnte diese für den Bund reduzieren und zudem eine gewisse „Lenkungsfunktion“ haben. Zu denken ist aber auch an die zunehmende Belastung im Rahmen der „FanBegleitung“ bei Fußballspielen (von der 1. Bundesliga bis zu

den Regionalligen). Hier wäre zu prüfen, ob nicht die Deutsche Bahn bzw. die DB-Sicherheit stärker in die Pflicht genommen werden sollte.

## • Schaffung von Anreizen und Ausgleichsmöglichkeiten für Auslandsverwendungen

Für den Dienst im Ausland, insbesondere in Kriegs, Bürgerkriegs bzw. nicht befriedeten Krisengebieten, sollten zusätzliche Anreize sowie auch Ausgleichsmöglichkeiten geschaffen werden. Dabei

zeirelevanter Informations- und Kommunikationstechnik oberste Priorität haben.

## • Erklärung der Mitarbeiterzufriedenheit zum Organisationsziel der Bundespolizei

Nicht nur wegen der Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten der Bundespolizei, sondern auch wegen der Abhängigkeit der beruflichen Leistung von der Zufriedenheit und Motivation der Leistungserbringer sollte die Mitarbeiterzufriedenheit als fixes Organisationsziel



*Der Innenausschuss des Bundestages hatte nach der Präsentation der Ergebnisse im Parlament die TU Chemnitz gebeten, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Dieser wurde dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestags, Wolfgang Bosbach (l.), von Prof. Dr. Gerd Strohmeier und Sven Hüber (r.) am 10. Mai 2012 übergeben. Er soll nach Bosbachs Ankündigung im Herbst 2012 im Innenausschuss beraten werden. Foto: GdP*

kommen monetäre Anreize ebenso in Frage wie nicht monetäre Anreize, wie z. B. Dienstzeitverkürzungen.

## • Verbesserung der IT-Technik/ Zusammenlegung mit dem BKA

Die IT-Technik nimmt in der modernen Polizeiarbeit einen zentralen Stellenwert ein und bedarf in der Bundespolizei einer deutlichen Verbesserung. Dabei wäre zu prüfen, inwiefern zur Optimierung der Arbeitsprozesse sowie auch zur Einsparung von Kosten eine Zusammenlegung der IT-Technik der Bundespolizei mit der des BKA sinnvoll ist. Zudem sollte die Verringerung des (zeitlichen) Aufwands der Einsatzbeamten bei der Nutzung poli-

der Bundespolizei festgeschrieben werden – und auch regelmäßig durch Mitarbeiterbefragungen evaluiert werden. Polizeien der Länder, wie z. B. die Polizei in Nordrhein-Westfalen, haben die Bedeutung der Mitarbeiterzufriedenheit längst erkannt und diese deshalb zu einem ihrer Organisationsziele erklärt.

## • Schaffung einer zentralen Beschwerde bzw. Konfliktstelle

Die Tatsache, dass viele Probleme in der Bundespolizei erst durch Studien (vollends) deutlich wurden, zeigt die Notwendigkeit einer zentralen, regelmäßig auf Vertrauensbasis zu bildender und mit Vertrauenspersonen besetzter



# 2013 – Alle Termine im Griff ...

... mit dem VDP-Kalenderprogramm



4,20 €

## Polizeiterminer 2013

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit

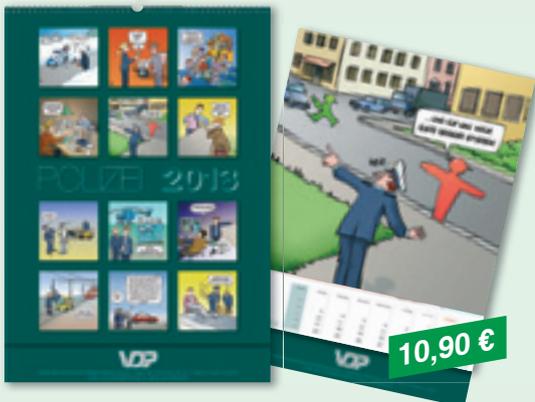


4,50 €

## Polizeikalender 2013

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die neuen Fahrerlaubnisklassen“ und „Die Entwicklung des Fahrpersonalrechts“



10,90 €

## Cartoon-Wandkalender Polizei 2013

Seit mehr als 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 großformatige farbige Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

## Unsere Kalender zum Sonderpreis!

### Paket 1:

Alle 3 Kalender  
zusammen für nur

17,50 €

### Paket 2:

Polizeiterminer und  
Polizeikalender für nur

7,50 €



im Paket günstiger!

**Tipp:** Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Beschwerde bzw. Konfliktstelle, die in einem institutionalisierten permanenten Überprüfungs- und Verbesserungsprozess eingebunden ist und auf diese Weise vorhandene Probleme bzw. Mängel kanalisiert und behebt. Diese könnte direkt am Bundespolizeipräsidium in Potsdam eingerichtet werden und regelmäßig dem Bundesministerium des Inneren sowie dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages berichten.

**Gerd Strohmeier**

#### **Fußnoten:**

1 Beerlage, Irmtraud et. al: *Organisationsprofile, Gesundheit und Engagement im Einsatzwesen. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Laufzeit 04/06 – 09/09, Endbericht September 2009.*

2 Gerd Strohmeier: *Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei, gedruckte Vorlage für die Bundespressekonferenz am 08.04.2011, Berlin: Gewerkschaft der Polizei, 2011 (unter Mitarbeit von Christiana Gransow); Gerd Strohmeier: Berufs(un)zufriedenheit und (Über-)Belastung in der Bundespolizei, in: Deutsche Polizei, 60 (2011) 5; Gerd Strohmeier: Schriftliche Stellungnahme für das Expertengespräch des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zur Situation in der Bundespolizei am 08.09.2011, in: A-Dr. 17(4)275 A (nichtöffentlich).*

3 BPOLP, Referat 12: *Polizeiliche Eingangstatistik.*

4 BPOLP, Referat 82: *Organisationsplan; Planstellen-/Stellenübersicht.*

5 *Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) – Entwurf um Bundeshaushaltsplan 2002 Einzelplan 06, Anlage zur BT-Drucksache 14/6800, S. 251 f.*

6 Gerd Strohmeier: *Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei [FN 2]: 2.*

7 BPOLP, Referat 72: *Lebensaltersschichtung in der Bundespolizei inkl. Tarifbeschäftigte im PVD, oh-ne Anwärter.*

8 Gerd Strohmeier: *Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei [FN 2]: 2.*

9 Beerlage, Irmtraud et. al [FN 1]: 179ff.

10 Gerd Strohmeier: *Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei [FN 2]: 2ff.*

11 BPOLP: *Krankenstatistik.*

12 BPOLP, Referat 72: *Lebensaltersschichtung der 2010 vorzeitig in den Ruhestand versetzten Beamten der Bundespolizei.*

13 GdP: *Beitrag auf www.gdpbundespolizei.de/2011/03/gdp-einstellungspolitik-der-bundesregierung-schwach-innere-sicherheit/, 10.01.2012.*

14 Beerlage, Irmtraud et. al [FN 1]: 117ff.

15 BPOLP, Referat 72: *Lebensaltersschichtung im mittleren Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei; Lebensaltersschichtung im Verwaltungsbereich der Bundespolizei.*

16 *Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2938), Anlage Bundeshaushaltsplan 2012, Einzelplan 06 Kapitel 0625, S. 223.*

## **Innenausschuss erwartet von Friedrich Lösungen für Bundespolizei-Probleme**

Mit seinen jüngsten Personalentscheidungen – von den Medien als „Enthauptung der Bundespolizei“ betitelt – hat Bundesinnenminister Friedrich unerwartet und sicher unbeabsichtigt für das Sommerloch-Thema gesorgt, das auch die GdP in Atem hielt. Als „instinktos“ hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, die überraschenden Entlassungen an der Spitze der Bundespolizei bezeichnet. Witthaut: „Die Bundespolizei leistet eine hervorragende Arbeit unter schwierigen Bedingungen, insbesondere durch die unbefriedigende Personalsituation, den Aufgaben- und Belastungszuwachs. Für diese schwierigen Bedingungen ist in erster Linie die Politik verantwortlich.“ Witthaut forderte Friedrich dazu auf, konkrete Gründe für die Entlassungen an der Spitze der Bundespolizei zu nennen. Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, kritisierte ebenfalls in zahlreichen Interviews den wenig menschlichen Umgang mit führenden Mitarbeitern: „Die vermeintlichen Ablösungsgründe wurden scheinbarweise der Öffentlichkeit präsentiert. Seegers Haltung in der politischen Debatte zu den unsinnigen Vorschlägen der Werthebach-Kommission war polizeifachlich und auch sicherheitspolitisch nachvollziehbar. Schon über Monate hin war zu beobachten, dass durch Indiskretion der Ruf von Matthias Seeger öffentlich

beschädigt wurde. Seit Februar 2012 wurde Matthias Seeger immer wieder durch die Weitergabe von internen Details oder falschen Verdächtigungen rücksichtslos vorgeführt. Rückendeckung seitens des Ministers war Fehlangeize. Es gab unzweifelhaft Spannungen innerhalb der Führung der Bundespolizei und zum Bundesinnenministerium.“

Der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring, sieht in der Entscheidung des Ministers ein Ablenkungsmanöver. Scheuring: „Die zunehmend öffentlich wahrnehmbaren Probleme im Bereich der Bundessicherheitsbehörden sind das Ergebnis einer seit Jahren anhaltenden politischen Führungslosigkeit. Nur wenn die Bundesregierung sich wieder inhaltlich mit diesen Problemen beschäftigt und wirkliche Problemlösungen herbeiführt, wird sie wieder ihrer politischen Verantwortung für die Innere Sicherheit in unserem Land gerecht.“ Die Gelegenheit dazu bietet sich für den Bundesinnenminister schon bald: In diesem Herbst soll er dem Innenausschuss darlegen, wie die Probleme der Bundespolizei, die er nun selbst ins Rampenlicht gestellt hat, lösen will.

Der Innenausschuss hatte, nachdem der GdP-Bezirk Bundespolizei den Finger in die Wunden der Polizeiorganisation gelegt hatte, die TU Chemnitz beauftragt, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Damit steht die Gewerkschaft der Polizei dem Minister hilfsbereit zur Seite. **hol**

### **GASTKOMMENTAR**

## **Friedrichs Eigentor**

Den spröden Wolfgang Schäuble und seinen Nach-Nachfolger im Amt des Bundesinnenministers, den nach außen so verbindlichen Hans-Peter Friedrich, verbindet mehr als man auf den ersten Blick meinen könnte. Zum Beispiel die Reform der Bundespolizei, die der eine – Schäuble – mit damals schon veraltetem Zahlenmaterial auf den Weg brachte, und die Friedrich nicht einmal zu Ende führen wollte, um jetzt zum Jahresende schon die nächste Reform anzukündigen. Ungelöst ist bis heute das Dilemma, dass die 41.000 Mann und Frau starke Polizei des Bundes an der Ostgrenze zu viele Beamte und an den Brennpunkten im Inland – etwa den großen Flughäfen in Frankfurt und München – zu

wenig Einsatzkräfte hat. Diese umzusetzen oder durch Frühpensionierungen und Neueinstellungen einen Ausgleich zu schaffen, hat das Bundesinnenministerium nicht zu Wege gebracht. Kein Problem: Der Steuerzahler kommt ja für die Folgen auf – etwa für eine Million Euro pro Jahr, die alleine die Unterbringung der an den Münchner Flughafen abgeordneten Beamten in Hotels und anderen Unterkünften kostet.

Als die Haushaltsexperten des Bundestages vor einem halben Jahr Transparenz im Etat der Bundespolizei verlangten, erklärte ihnen der beamtete Innenstaatssekretär Hans-Dieter Fritzsche: Alles im Lot! Nur Minuten später deckte Bundespolizeichef Seeger ein 160-Millionen-Euro



## GASTKOMMENTAR

Loch im Haushalt seiner Behörde auf. Das besiegelte das Schicksal des Bundespolizeipräsidenten. Unter den Augen des Innenministers wurde der loyale Spitzenpolizist systematisch demontiert – und immer wieder ließen sich Quellen lancierter Gerüchte über echte oder vermeintliche Fehlleistungen der Bundespolizei im Umfeld des Staatssekretärs ausmachen, der die ganze Reform mit all ihren vorhersehbaren Problemen auf den Weg gebracht hatte. Kein Wunder, dass da Vertrauen auf der Strecke bleibt.

Dass diese Kampagne gegen Seeger, von der sich jetzt die ganze Bundespolizei düpiert fühlt, ohne Wissen des Innenministers gestartet wurde, ist wenig glaubhaft. Dessen Entscheidungen sind ohnehin nur schwer nachvollziehbar – etwa wenn es um die zusammen mit Seeger gleich mit abgesetzten beiden Stellvertreter des Bundespolizeipräsidenten geht. Auch bei ihnen

vermisste Friedrich die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit – um dann beide mit sofortiger Wirkung auf verantwortungsvolle Spitzenposten in seinem eigenen Ministerium zu versetzen.

Mit seinem Vorgänger Schäuble verbindet ihn – um bei den Gemeinsamkeiten zu bleiben – auch der rüde Umgang mit Mitarbeitern, die beide Minister ganz wörtlich als Untergebene verstehen



**Oliver Bendixen**  
– Journalist beim Bayerischen Rundfunk und Mitglied des Redaktions-teams von „Report München“ in der ARD und der „ARD-Taskforce Extremismus und Terrorismus“.

Foto: BR/Binder

– egal ob es wie bei Schäuble um den eigenen Pressesprecher oder den von Friedrich mit wenig Würde gefeuerten Polizeipräsidenten geht. Wem das Volk ein Amt gibt, dem gibt Gott dazu nicht unbedingt den nötigen Anstand.

Den Schaden, den Friedrich damit angerichtet hat, kann er bei noch so vielen Besuchen auf Fahndungsdienststellen oder bei den in Kabul stationierten Bundespolizisten nicht wieder gutmachen. Dass dieser Minister hinter ihnen steht, werden sie ihm nicht mehr glauben. Und mit dem Rausschmiss des Matthias Seeger hat er ein gigantisches Eigentor geschossen. Denn nun blickt alles auf die Bundespolizei und die Probleme, für deren Lösung werden Millionen und Abermillionen derötet sein werden. Man wird den Eindruck nicht los, dass Friedrich wie Schäuble zwar mit Begeisterung Minister ist – aber nur äußerst widerwillig Chef eines Ministeriums. **Oliver Bendixen**

## Kapitalmarkt

**ZINSENKUNG!**  
**Beamendarlehen**  
z.B. 30.000,- €

Rate: 301,82 €, 100% Auszahlung  
4,49% Sollzins fest gebunden  
5,88% effektiver Jahreszins  
inkl. Tilgungsvers. LZ: 12 Jahre

Beamtin, unkündbare Angestellte,  
Alter 30 Jahre, keine Bearbeitungs-  
gebühr, Gesamtbetrag: 50.706,- €

Rufen Sie uns **kostenlos** an:  
**0800 / 056 78 36**

Beamtenfinanzierungsservice  
BFS Paegelow & Partner Berlin  
info@sonderdarlehen.de

[www.sonderdarlehen.de](http://www.sonderdarlehen.de)

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**Hypotheken, Beamten- u. Angestellendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt!

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 145145

**BARGELD noch HEUTE!**  
**Tel. 0201/22 1348**

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10 000 €

45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**[www.kredite-fuer-beamte.de](http://www.kredite-fuer-beamte.de)**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

**[www.1a-Beamendarlehen.de](http://www.1a-Beamendarlehen.de)**

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

**Beamendarlehen supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
66155 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.  
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

# Schadprogramme verschlüsseln PCs

**Auf eine neue und besonders dreiste Variante von Schadsoftware weisen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes hin. Kriminelle versuchen damit, Geld von PC-Besitzern zu erpressen. Bei den Attacken werden die PCs von Betroffenen so verschlüsselt, dass eine vollständige Wiederherstellung aller Daten oft nicht möglich ist.**

Die neueste Variante der Schadsoftware, der so genannte Windows-Verschlüsselungs-Trojaner, wird bundesweit über Spam-Mails verbreitet. Die angeschriebenen Personen werden z. B. im Namen einer Staatsanwaltschaft im Bundesgebiet dazu verleitet, beigefügte Anhänge zu öffnen. Doch schon beim Öffnen des Anhangs wird der PC verschlüsselt und Geld gefordert. Auch nach Bezahlen der Forderung, in der Regel 100 Euro per Paysafecard oder 50 Euro per Ukash, wird die Sperrung nicht aufgehoben. Vielmehr sind sämtliche Dateien auf dem PC so verschlüsselt, dass auch die Wiederherstellung mit einer Rettungs-CD („Rescue Disk“) nur teilweise erfolgreich ist.

Immer wieder tauchen neue Varianten dieser bereits seit 2011 bekannten Schadsoftware auf. Um Glaubwürdigkeit vorzutäuschen, missbrauchen die Erpresser offizielle Logos von bekannten Unternehmen und Behörden.

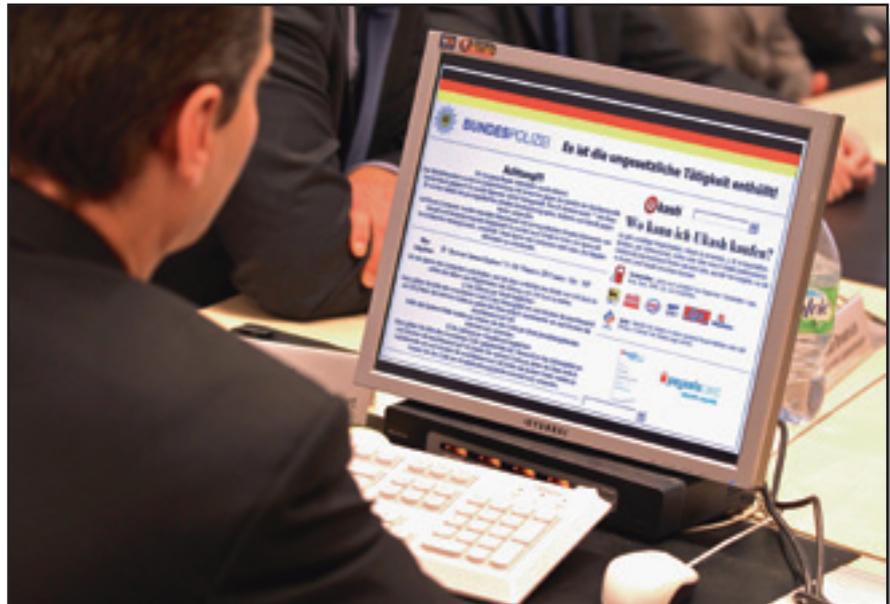
So wurden bereits Logos des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei oder verschiedener Softwareunternehmen zu betrügerischen Zwecken verwendet. Eine andere Variante der Schadsoftware täuscht die Nutzer mit den Logos des BSI und der Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen e.V. (GVU),

## Kritisch sein und Anzeige erstatten

„Das BSI sowie die anderen Behörden und Unternehmen sind nicht Absender dieser Meldungen“, betont BSI-Präsident Michael Hange. „Wir rechnen mit einer weiteren Zunahme relevanter Schwachstellen und neuer Schadprogramme beziehungsweise deren Varianten“, führt er weiter aus. „Insofern wird die Gefährdungslage tendenziell eher noch zunehmen. Mit Standard-Schutzmaßnahmen lassen sich aber auch im privaten Umfeld bereits 80 Prozent aller Cyber-Angriffe abwehren.“

Anwender sollten daher stets auf aktuelle Virenschutzprogramme achten, sowie

Sicherheitsupdates für die von ihnen genutzte Software einspielen, sobald diese von den Herstellern bereitgestellt werden. Die Programme der im Markt bekannten Antivirensoftware-Hersteller erkennen in



**Ein Mitarbeiter des LKA Sachsen-Anhalt zeigt auf dem Computer-Bildschirm beispielhaft den so genannten BKA-Trojaner (Ukash-Trojaner) – aufgenommen wurde das Bild im neuen Cybercrime Competence Center am 6.6.2012 in Magdeburg. Foto: Jan Woitas/dpa**

der Regel die bekannten Varianten der Erpressungsschadsoftware und hindern sie daran, den Rechner zu infizieren.

Das BSI und die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes raten allen Betroffenen, die geforderte Gebühr unter keinen Umständen zu bezahlen. „Sollten Internet-Nutzer von einer der Erpressungsvarianten betroffen sein, sollten sie umgehend Anzeige bei der nächstgelegenen Polizeidienststelle erstatten“, empfiehlt Professor Dr. Wolf Hammann, Vorsitzender der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. „Eine Zahlung des geforderten Betrags führt nicht zu einer Entschlüsselung des Rechners. Jeder sollte sich bewusst machen, dass offizielle Stellen

in dieser Form niemanden ansprechen und in dieser Form kein Geld fordern würden“, betont Hammann.

Eine Möglichkeit, einen durch Trojanerbefall gesperrten Rechner von der Schadsoftware zu befreien, können Rettungs-CDs sein, die beispielsweise die Anbieter von Antivirensoftware auf ihren Webseiten zum Teil kostenfrei bereitstellen. Diese Rettungs-CDs müssen über einen nicht infizierten Rechner heruntergeladen und auf den betroffenen Rechner aufgespielt werden. Im Falle

der neuesten Schadsoftware-Variante empfehlen Polizei und BSI jedoch, sich an IT-Experten zu wenden, die bei der Entschlüsselung des Rechners behilflich sein können. Darüber hinaus bietet das Anti-Botnetz-Beratungszentrum auf seinem Internet-Angebot unter <https://www.botfrei.de> eine Schritt-für-Schritt-Anleitung, mit der Betroffene ihren Rechner reinigen können.

## Schutzempfehlungen vor Schadsoftware

- Öffnen Sie niemals ungeprüft Dateianhänge. Ganz gleich, ob es sich um scheinbar ungefährliche Dateien wie Bil-



# Für Studium und Praxis



## Einsatzlehre

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Jürgen Zeitner**.

1. Auflage 2012, 176 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
18,90 € [D], 33,50 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0675-1

Im fachlichen Mittelpunkt dieses Buches stehen das Einsatzmodell für den täglichen Dienst (Leitfaden

371) und der Planungs- und Entscheidungsprozess der Polizeidienstvorschrift 100 und damit die methodischen Grundlagen für die Einsatzbewältigung. Die Sachverhalte werden anhand vieler Beispiele, Grafiken und Schaubilder anschaulich erläutert. In einem abschließenden Übungsteil werden die Inhalte auf exemplarische Klausuraufgabenstellungen übertragen.

(Bezug nur gegen Vorlage der Dienstbescheinigung beim Verlag möglich.)



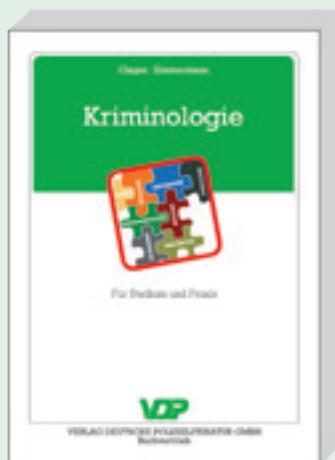
## Staat – Verfassung – Politik

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Helmut Dohr**.

20. überarb. und aktualisierte  
Auflage 2010, 624 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
26,90 € [D], 47,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0633-1

Die Grundrechte in ihrer Funktion als Fundament und Grenze allen staatlichen Tuns und die Verfassungsbindung der Staatsgewalt stehen im Mittelpunkt dieses Lehr- und Studienbuches. Im Spannungsfeld Mensch – Gemeinschaft – Politik legt das Werk damit eine solide Grundlage für die im Polizeiberuf unerlässlichen staats- und verfassungsrechtlichen Kenntnisse.



## Kriminologie

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages**  
und

**Elmar Zimmermann**.

2. Auflage 2010, 384 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
17,90 € [D], 31,70 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0602-7

Dieses Buch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie. Ergänzt werden die jeweiligen Themenbereiche durch Hinweise auf die praktische Bedeutung für die polizeiliche Aufgabenbewältigung. In jedem Kapitel findet der Leser eine detaillierte Übersicht zu weiterführender Literatur sowie typische Klausuren mit Lösungen und mögliche Fragen für Fachgespräche oder mündliche Prüfung.

ligen Themenbereiche durch Hinweise auf die praktische Bedeutung für die polizeiliche Aufgabenbewältigung. In jedem Kapitel findet der Leser eine detaillierte Übersicht zu weiterführender Literatur sowie typische Klausuren mit Lösungen und mögliche Fragen für Fachgespräche oder mündliche Prüfung.



## Strafrecht – Strafverfahrens- recht – Ordnungswidrig- keitenrecht

Lehr- und Arbeitsbuch  
in praxisbezogener  
Darstellung

Von **Wolfram Lübke**.

26. Auflage 2010, 680 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
32,- € [D], 56,- sFr.  
ISBN 978-3-8011-0632-4

Dieses Buch vermittelt in bewährter Form den kompletten polizeilichen Ausbildungsstoff in den Rechtsgebieten: Strafrecht; Allgemeiner und Besonderer Teil inkl. Verkehrsstraf-taten; Strafverfahrensrecht; Allgemeines Eingriffsrecht und Bußgeldbestände. Zahlreiche Exkurse in das Bürgerliche Recht, Zivilrecht und Polizeirecht veranschaulichen zudem wichtige Bezüge zu diesen Rechtsgebieten. Originalfälle des polizeilichen Alltags sichern den besonderen Praxisbezug. Falllösungen zu allen klausurrelevanten Themen ermöglichen die notwendige Kontrolle des Erlernten.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## INTERNETKRIMINALITÄT

der, Dokumente oder sonstige Dateien handelt: Wenn Sie unsicher sind, fragen Sie sicherheitshalber beim Absender nach.

- Oft verraten sich virenbehaftete E-Mails durch eine entweder leere oder neugierig machende Betreffzeile.

- Seien Sie misstrauisch, wenn Sie E-Mails mit fremdsprachigem Betreff erhalten. Wenn Sie solche E-Mails unangefordert erhalten, sollten Sie diese sofort löschen.

- Vermeiden Sie es, auf Links in unangefordert zugesandten E-Mails zu klicken.

Immer häufiger leiten diese auf infizierte Webseiten; rufen Sie diese auf, können Sie Ihren Rechner bereits mit Schadsoftware infizieren. Geben Sie die gewünschte Internetadresse per Hand in die Adresszeile Ihres Browsers ein.

- Nehmen Sie regelmäßige Sicherheitsupdates (Backups) des Systems und des Datenbestands vor, um im Fall einer Infektion mit Schadsoftware keine Daten zu verlieren.

- Auch Anwendungsprogramme (z. B. Webbrowser, Office-Programme, Adobe Reader, Java, Flash Player, Media Pla-

yer u.a.) sollten regelmäßig aktualisiert werden.

Weitere generelle Informationen und Hinweise zum Schutz vor Schadsoftware können auf der Webseite des BSI unter [www.bsi-fuer-buerger.de/Schadprogramme](http://www.bsi-fuer-buerger.de/Schadprogramme) abgerufen werden. Auf der Seite der Polizei unter <http://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/gefahren-im-internet.html> finden sich zusätzliche Hinweise rund um das Thema „Gefahren im Internet“.

*Bundesamt für Sicherheit  
in der Informationstechnik*

## MELDUNGEN

### „Aktion zusammen wachsen“

Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Patenschafts- und Mentoringprojekte für junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund.

Gemeinsam wollen sie damit die vielen Bürgerinnen und Bürger stärken, die sich ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund engagieren und ihnen als Bildungspatinnen und -paten Unterstützung bei ihren persönlichen und schulischen Entwicklungen sowie individuelle Begleitung und Orientierung

im Übergang von Kindergarten zur Schule und von der Schule in die Ausbildung anbieten.

Mit einem bundesweiten Aktionstag am 26. September 2012 unter dem Motto „Voneinander lernen – füreinander da sein!“ sollen die Vernetzungs- und Unterstützungsangebote der „Aktion zusammen wachsen“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden, um noch mehr Menschen für dieses wichtige Engagement zu gewinnen. *red.*

### „Gute Arbeit – weltweit“

Zum fünften Mal ruft der Internationale Gewerkschaftsbund seine Mitgliedsorganisationen am 7. Oktober 2012 weltweit auf, für menschenwürdige Arbeit zu mobilisieren. Der DGB wird aus diesem Anlass eine internationale Tagung zum Thema „Gute Arbeit – weltweit“ durchführen. Im Fokus werden dabei Kinderarbeit, Bekämpfung von Armutslöhnen, Gewerkschaftsrechte und Rechte für Hausangestellte stehen. *red.* [www.wddw.org](http://www.wddw.org)

Anzeige

LBN VVaG

gegründet als  
Lehrerbrandkasse –  
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0  
[www.lbn.de](http://www.lbn.de)



## Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren  
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat-, Elementar-  
schaden- und  
Glasbruchversicherung

siehe **FINANZtest** 5/12

Unfallversicherung

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).



# Professionelle Hilfe zur Beihilfe

Karl Heinz R. ist ein Beamter im Ruhestand. Seinen Wohnsitz verlegt er nach seiner Pensionierung in die Schweiz. Seiner Frau zuliebe, einer Schweizer Staatsbürgerin. Das Paar lebt bescheiden auf dem Land. Um seine Krankenkostenabrechnungen kümmert sich der Mann selbst. Bis ihn ein Schlaganfall außer Gefecht setzt.

Intensivstation und stationäre Heilbehandlung – schnell summieren sich die Kosten. Täglich kommen neue Rechnungen ins Haus, Frau R. ist überfordert, denn sie hat sich noch nie um die Abrechnungen kümmern müssen. Dramatisch: Sowohl Beihilfestelle als auch Krankenkasse verweigern die Zahlungen. Mit der Begründung, dass R. im „Nicht-EU-Ausland behandelt wor-

den sei“ und „Heilkuren in der Schweiz“ grundsätzlich nicht bezahlt werden. Eine verzweifelte Lage.

Da wird Frau R. ein Beihilfeberater empfohlen. Monika Hohn kümmert sich sofort um den Fall. Sie legt Widerspruch ein, argumentiert, dass R. als „Notfall an seinem Wohnort“ behandelt wurde. Auch setzt sie gegenüber der Krankenkasse durch, dass R. eine echte „Heilbehandlung“ erfahren hat, keine „Heilkur“. Die Expertin hat Erfolg: Beihilfestelle und Krankenkasse lenken ein. Hohns Know-how bewahrt Familie R. vor mehr als 20.000 Euro Schaden.

„Viele Beamte und vor allem deren Angehörige kennen ihre Rechte nicht“,

sagt Beihilfe-Expertin Monika Hohn. „Sie wissen nicht, warum und wie viel sie selbst zahlen müssen.“ Hier kann die Fachfrau helfen. Wer zu einem Beihilfeberater kommt, hat meist einen Behördenmarathon hinter sich. Wie Frau R. steht er vor einem Berg von Arztrechnungen und hat vor der Bürokratie kapituliert.

Beihilfeberatung für Beamte im Krankheitsfall ist ein spezielles Berufsfeld und eines der kompliziertesten Arbeitsgebiete im Verwaltungsrecht. Beihilfe ist Ländersache: In allen 16 Bundesländern gelten eigene Vorgaben. Hinzu kommen spezielle Regeln für Bundesbeamte.

Ein Beihilfeberater nimmt Beamten und deren Angehörigen alle Vorgänge um die

Anzeige



**GPEC**  
Besuchen Sie uns an unserem Stand **B66**  
Leipziger Messe  
11.-13. September 2012

## Alles unter Kontrolle?

Drogenfahrten noch zuverlässiger aufdecken

Mobiles Lesegerät für die objektive Testauswertung und Datensicherung des DrugWipe® Speicheltests:



www.securetec.net/drugwipe



we detect to protect

## Reise & Erholung



**wasser-craft**  
rafting canyoning stand

### Sommer Abenteuer bei uns

**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € 155,-

office@rafting-oetstal.at  
www.rafting-oetstal.at  
Telefon: 0943 5252 4721

**Italien-Gardasee-Garda**  
gepflegtes Familienhotel  
[www.hotel-lory.com](http://www.hotel-lory.com)  
Flughafen Verona, 30 km.  
ÜF ab 32 €, HP ab 44 €.  
Info in D 01 76/43 10 27 74

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf**  
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilla, Fahrradverleih  
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23  
[www.heidehof-jonsdorf.de](http://www.heidehof-jonsdorf.de)

**Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording**  
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese  
[www.Ferienwohnungen-Dehnde.de](http://www.Ferienwohnungen-Dehnde.de), 0 48 37/3 30

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
[www.fehmarn4family.de](http://www.fehmarn4family.de)

Wanderurlaub im Berchtesgadener Land, Obb., 5\*\*\*Fewos, ruhig und sonnig, Bauernhof, Nähe Salzburg, Herbst, Weihn./Silv. frei,  
Tel.: 0 86 56 / 8 37, [www.obermoarhof.de](http://www.obermoarhof.de)

**Waging am See (Oberbayern)**  
Bauernhof, Pony's, komf. Fewos\*\*\*\*  
Tel. 0 86 81/5 22, [www.hirhof.de](http://www.hirhof.de)

**MAURITIUS >EXKLUSIV<**  
Kollege bietet lux. App. u. Bung.-Anlage am Strand ab 76,- € p. P./Tag/inkl. HP, Tel. 0 21 58/40 08 05, Fax 40 46 71  
[www.mauritius-traumvilla.de](http://www.mauritius-traumvilla.de)

**Ostsee**  
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.  
**Tel.: 045 63/70 21, Ostsee@gmx.info**  
[www.ostseeferienwelt.de](http://www.ostseeferienwelt.de)

**Bayerischer Wald**, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

**Nordfriesland** (dän. Grenze), Nähe Sylt, 4\*-/3\*-NR-FeWo., 2–4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96, [www.nf-fewo.de](http://www.nf-fewo.de)

**Franken**, bei Bamberg, waldreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt



Krankenkosten ab. Er vertritt die Interessen seiner Mandanten gegenüber sämtlichen Kostenträgern im Gesundheitswesen – der Beihilfestelle, den Krankenversicherungen, der Pflegeversicherung, den Ärzten usw. Er prüft zunächst die Arztrechnungen. „Wir finden in etlichen Rechnungen Fehler“, sagt Monika Hohn. „Wir schicken die Rechnung wieder zurück mit der Bitte um Korrektur. Schon an dieser Stelle kann ein Mandant durch uns bares Geld sparen.“

Monika Hohn und ihre Kollegen übernehmen die gesamte Kommunikation und alle Abrechnungsvorgänge mit den Kostenträgern: Sie ermitteln, welcher Kostenträger für die Erstattung zuständig ist, ordnen Kosten zu, machen Ansprüche geltend. Beihilfeberater stellen Anträge, prüfen Bescheide und legen notfalls Widerspruch ein. Sie erledigen den gesamten Zahlungsverkehr ihres Mandanten über ein Treuhandkonto. Vorteil für den Mandanten: Ein Beihilfeberater hält ihm komplett den Rücken frei, er schafft Rechtssicherheit und ist Ansprechpartner für Angehörige, wenn sich der Mandant nicht selbst um



**Der Beihilfeberater berät und hilft kompetent durch den Bürokratie-Dschungel.**

**Foto: MEDIRENTA**

seine Angelegenheiten kümmern kann. So schützt ein Beihilfeberater – wie im Fall der Familie R. – Angehörige vor dem Abrechnungschaaos.

Beihilfeberatung wird von Rechtsdienst-

leistern angeboten, die gerichtlich zugelassen sind. Sie vertreten die Interessen ihrer Mandanten auf den Gebieten des Beihilfe- und Versicherungswesens.

**Bettina Melzer**

Anzeige

**Meine Empfehlung:  
Jetzt mit  
0 Aufwand zum  
0 Gebühren-Konto  
wechseln.**



**SpardaGiro**  
mit Kontowechselservice

**0** Gebühren  
Aufwand  
Komma nix  
wechseln!



Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. [www.sparda.de](http://www.sparda.de)

**Sparda-Banken**

*freundlich & fair*

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

**X Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.**



Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:

Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)





## Punktlandung zum Thema Eigensicherung

### Bundesweites Seminar der JUNGE GRUPPE (GdP) in Saarbrücken war ein voller Erfolg

**Nach langer Vorbereitung war es endlich soweit. Annähernd 150 Teilnehmer/-innen fanden sich am 22. Juni 2012 in der Joachim-Deckarm-Halle in Saarbrücken zum ersten bundesweiten polizeispezifischen Einsatz- und Zugriffstraining der JUNGEN GRUPPE (GdP) und der Europäischen WingTsun Organisation (EWTO) unter dem Motto „Eigensicherung ist kein Zufall“ ein.**

„Dass unsere Idee, das Ganze richtig groß aufzuziehen so einschlagen würde, haben wir nicht zu hoffen gewagt“, so Esther Schneider, stellvertretende Landesjugendvorsitzende im Saarland und Organisatorin der Veranstaltung. Nach dem Erfolg des Seminars im eigenen Bezirk im letzten Jahr wurde die Idee geboren, gemeinsam mit den Landesverbänden Hes-

das Seminar vor und stimmten die unterschiedlichen Einheiten aufeinander ab. Auch konnten durch das Rotationsprinzip alle Seminarteilnehmer/innen sämtliche Themenbereiche innerhalb von drei Seminartagen durchlaufen. Die Teilnehmer/innen, die sich aus den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern der Polizei, Justiz, des Zolls und Ordnungsamtes zusammen-

kreises abgestimmt ist“, so Sifu Volker Martin, Polizeibeamter im Saarland und WingTsun-Schulleiter, der sich für die inhaltliche Ausgestaltung des Seminars gemeinsam mit Großmeister Keith R. Kernspecht von der EWTO verantwortlich zeigte.

„Wir sind froh, dass den Teilnehmern und Teilnehmerinnen bewusst ist, dass hier keine klassische Kampfkunst bzw. kein klassischer Kampfsport im Vordergrund steht, sondern das polizeispezifische Training“, so Esther Schneider, selbst Trägerin des 1. Dan Ju-Jutsu.

In Zeiten, in denen die zunehmende Gewalt gegenüber Polizeibeamten und Polizei-beamtinnen immer häufiger öffentlich

thematisiert wird, nicht zuletzt aufgrund der durch die vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchgeführte Studie zum Thema, zeigt die Resonanz auf die Veranstaltung, wie sehr das Thema nicht nur die betroffenen Kolleginnen und Kol-



**Die 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfreuten sich an einer großartigen Veranstaltung**

**Foto: Birkenbach**

sen und Rheinland-Pfalz ein mehrtägiges bundesweites Seminar anzubieten. Die EWTO hatte ihre Zusammenarbeit bereits angeboten und auf Grund der bisherigen positiven Erfahrungen im Saarland wurde dieses Angebot gern angenommen. Insgesamt 16 namenhafte Referenten der EWTO bereiteten die Themenbereiche „Selbstschutz in der Annäherungsphase“, „Annäherung, Zugriff und Fixierung in der Bodenlage“, „Waffenhandling, Waffenschutz“, „Einsatz von Polizeischlagstöcken“ sowie „Zugriff am und im Pkw“ für

setzten, nahmen sehr konzentriert und engagiert an den Trainingseinheiten teil und konnten auch vom Austausch eigener Erfahrungen untereinander profitieren.

„Viele unserer Referenten sind oder waren Polizeibeamte, die genau wissen, worum es geht. Uns war es sehr wichtig nicht einfach einzelne Techniken zu zeigen, sondern den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ein schnörkelfreies Programm zu bieten, das auf den Prinzipien des WingTsun basiert, jedoch auf die speziellen Bedürfnisse des Teilnehmer-

legen, sondern auch Polizeiführungskräfte und Politiker beschäftigt. So waren neben der Schirmherrin der Veranstaltung, der Ministerin für Inneres und Sport des Saarlandes, Monika Bachmann, mit Günter Waluga, Mitglied der SPD-Fraktion und Sprecher des Innenausschusses und Ruth Meyer, Mitglied der CDU-Landtagsfraktion und ebenfalls Mitglied des Innenausschusses, zwei Vertreter der regierenden Parteien des Saarlandes gekommen, um der thematisch wertvollen Veranstaltung beizuwohnen. Extra aus Mainz angereist,





um sein Lob auszusprechen, war Michael Hüttner, polizeipolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz. Neben Wolfgang Klein, Leiter der Abteilung D, zuständig für Polizeiangelegenheiten im Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes, war Landespolizeivizepräsident und gleichzeitig stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, Hugo Müller, als Vertreter der Führung des neuen Landespolizeipräsidiums im Saarland anwesend.

In ihrem Grußwort betonte Ministerin Bachmann, dass es für sie kurz nach der Amtsübernahme eine Ehrensache gewesen sei, die Schirmherrschaft von ihrem Vorgänger Stephan Toscani zu über-

Dienstzeit an der Veranstaltung teilzunehmen. Dies zeige den Stellenwert des Seminars und zeuge vom richtigen Riecher der Veranstalter, zum jetzigen Zeitpunkt ein solches Seminar zu organisieren. Auch das von ihr verlesene Grußwort des GdP-Bundesvorsitzenden Bernard Witthaut, der bedauerte, aufgrund einer Terminüberschneidung nicht persönlich anwesend sein zu können, spiegelte dies wider: „Dieses Seminar ist eine Punktlandung zum Thema Eigensicherung. Genau zum richtigen Zeitpunkt und zum richtigen Thema!“

Gewohnt leidenschaftlich sprach im Anschluss Hugo Müller über ein Thema, das ihm besonders am Herzen liegt: Wer die Hand gegen einen Polizeibeamten oder eine -beamtin erhebe, müsse mit einer hohen Strafe rechnen. Polizisten und Polizistinnen dürfen einen Anspruch darauf haben, nicht verprügelt zu werden. Die Steigerung der eigenen Wehrfähigkeit durch Ausbildung im körperlichen Bereich, wie auch die Steigerung von psychologischen Fähigkeiten und die Entwicklung der Sprachkompetenz spielen hier eine besondere Rolle.

Zum Schluss begrüßte Dr. Oliver König von der EWTO die geladenen Gäste und Teilnehmer/innen. Er zeigte sich erfreut über den großen Zuspruch aus dem gesamten Bundesgebiet. Nachdem die EWTO in den vergangenen Jahren bereits mehrfach mit verschiedenen Polizeibehörden und -einheiten Lehrgänge und Seminare durchgeführt hat, freute sich Dr. König nun auch über die Zusammenarbeit mit Deutschlands größter Polizeigewerkschaft.

Bevor die Teilnehmer unter der Leitung von Großmeister Prof. Dr. Keith R. Kernspecht, Gründer und Leiter der EWTO und Inhaber des 10. Großmeistergrad, in den praktischen Teil starten konnten, hatten die Organisatoren einen besonderen Programmpunkt geplant. Der renommierte Kriminalpsychologe und Buchautor Dr. Uwe Füllgrabe hielt den Impulsvortrag „Psychologie der Eigensicherung“. Hier betonte er, welche Rolle die psychologische Vorbereitung auf Krisensituationen spielt. Nicht allein die körperliche Vorbereitung sei von entscheidender Bedeutung: „Kampfsport ist eine Sache, aber es geht auch um die Psychologie.“ Ein reales Training ist für zukunftsfähige Po-

lizeibeamte und -beamtinnen von essentieller Bedeutung. Mit Hilfe eindrucksvoller Videobeispiele verdeutlichte Dr. Füllgrabe, welche Konsequenzen es haben kann, gedanklich nicht vorbereitet zu sein.

Im Anschluss ging es an fünf verschiedenen Schulungsortlichkeiten ins Training. Bemerkenswert dabei war das Engagement aller Teilnehmer/innen, denen nach drei Tagen harten Trainings die Erschöpfung im Gesicht abzulesen war. Gerahmt wurde die gesamte Veranstaltung am Freitagabend von der Übertragung des EM-Viertelfinales auf Großleinwand und dem Sieg der deutschen Nationalmannschaft. Nach einem anstrengenden Samstag mit drei Trainingseinheiten konnte sich jeder und jede nach Herzenslust am reichlichen kalt-warmen und von der Signal Iduna/PVAG gesponserten Buffet bedienen.

Bei der offiziellen Verabschiedung resümierte Esther Schneider, dass jetzt der Beweis erbracht sei, dass es bei diesem Seminar allein darum ging, einen Beitrag zur Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen zu leisten. Der Dank gilt den zahlreichen Helfern der JUNGEN GRUPPE (GdP), den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, der GdP-Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz, die für den reibungslosen Ablauf des gesamten Seminars mitverantwortlich waren. Der Dank gilt ebenfalls den Sponsoren, die den günstigen Teilnahmebeitrag sowie die kostenlose Versorgung mit Müsliriegeln, Obst und Wasser während der Trainingseinheiten erst ermöglichen haben.

Tosender Applaus folgte der Ankündigung von Volker Martin, dass es bereits Pläne gibt, im kommenden Jahr möglicherweise ein Folgeseminar zu veranstalten.

**Eva Feld/Torsten Rohde**



**Das Training der richtigen Fixierung in der Bodenlage war ein Bestandteil des Seminars** Foto: Pinter

nehmen. Sie bewundere die Bereitschaft der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, in Zeiten steigender Arbeitsbelastung ein Wochenende zu „opfern“, um sich persönlich in Theorie und Praxis weiterzubilden. Dies sei ein deutliches Zeichen. Im Anschluss lobte sie das Engagement der JUNGEN GRUPPE (GdP). Zum Ende ihrer Rede wandte Monika Bachmann sich an Wolfgang Klein und Hugo Müller: „Diese JUNGE GRUPPE müssen wir weiter unterstützen – das ist unsere Zukunft!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Sabrina Kunz, Bundesjugendvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), verwies in ihren Worten auf die Bereitschaft vieler Innenministerien der Länder und des Ministerium des Bundes, ihren Beschäftigten die Möglichkeit einzuräumen, während der

IMPRESSUM:  
Herausgeber:  
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;  
Fax: (030) 39 99 21 - 200  
www.gdp-junge-gruppe.de  
jg@gdp.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:  
Torsten Rohde, Sabrina Kunz



## Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, Nr. 14: Der kriminalistische Beweis

Polizeiliche Beweistätigkeit unterstützt den Strafanspruch des Staates in einem rechtsstaatlichen Verfahren. Sie gewährleistet darüber hinaus die Schutz- und Sicherungsverpflichtungen staatlicher Organe gegenüber dem Bürger, zu denen die Polizei im besonderen Maße aufgerufen ist.



Eine professionelle Beweisführung des Kriminalisten erfordert sowohl Grundlagen- und spezielles Wissen, als auch methodisch strukturiertes Vorgehen und praktische Erfahrung. In jedem Fall verläuft eine zielführende polizeiliche Aufgabenwahrnehmung immer unter der juristischen Wächterrolle. Der vorliegende Studienbrief von Norbert Westphal gliedert sich daher folgerichtig in zwei Abschnitte, die die rechtlichen und kriminalistischen Bezüge aufeinanderfolgend vermitteln.

Im ersten Teil erörtert der Autor die

entsprechenden juristischen Grundlagen. Anschließend stellt er die praktischen Bezüge der kriminalistischen Beweisführung dar. Inhaltlich ist der zweite Abschnitt gekennzeichnet durch Informationsverarbeitungsprozesse und Berührungspunkte zur Kriminaltechnik, zur Fallanalyse und zur Vernehmung. Die reale Umsetzung der kriminalistischen Beweisführung stellt der Autor zudem an konkreten Beispielen und Fallgestaltungen dar. Inhaltlich und didaktisch ist dieses Buch auf die Lehrinhalte für das (Bachelor-)Studium wie auch auf den Bedarf des Streifen- und Ermittlungsdienstes abgestimmt.

**Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie, Nr. 14: Der kriminalistische Beweis, Norbert Westphal, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 1. Auflage 2010, 174 Seiten, 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement und 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug, ISBN 978-3-8011-0642-3**

## BDSG Bundesdatenschutzgesetz – Kommentar

Der Standardkommentar zum BDSG erläutert das Datenschutzrecht kompetent, übersichtlich und verständlich. Inhaltsübersichten vor den einzelnen Kommentierungen, Einführungen in die Rechtsänderungen und in den Fettdruck wichtiger Begriffe machen das Werk be-

sonders benutzerfreundlich. Einbezogen sind auch die europa- und die landesrechtlichen Aspekte des Datenschutzes.

Die 11. Auflage des Gola Schomerus verarbeitet insbesondere die Erfahrungen mit der BDSG-Novelle 2009 in der Praxis u.a.

- bei der Auftragsdatenverarbeitung,
- beim Scoring und
- bei der Informationspflicht bei Datenverlusten sowie die neuen Anforderungen beim grenzüberschreitenden Datenverkehr, z.B. dem Datenschutz bei Internetveröffentlichungen.

Ausblicke auf die geplante EU-Datenschutzreform und die Beschäftigtendatenschutznormen runden die Neuauflage ab.

Den Gola/Schomerus brauchen betriebliche und behördliche Datenschutzbeauftragte, Personalabteilungen, Betriebsräte, Marketingabteilungen, Rechtsanwälte und Richter.

**BDSG Bundesdatenschutzgesetz – Kommentar, Peter Gola, Dr. Rudolf Schomerus, C.H.BECK, 11., überarbeitete und ergänzte Auflage 2012, 646 Seiten, 59 Euro, ISBN 978-3-406-63876-3**



Nr. 9 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:** Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:** Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.

#### Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

#### Titel

Foto: Sascha Schuermann/dapd  
Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** av@vdpolizei.de  
**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

#### Anzeigenleiterin:

Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2012



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
176.731 Exemplare  
ISSN 0949-2844

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887



# Soft Shell-Jacket by



**Sportliche Soft Shell Jacke für Damen und Herren. Superleicht, warm und winterfest – der optimale Begleiter bei jedem Wetter!**

**Letzter  
Bestelltermin:  
30.09.2012**

## Beschreibung:

- Atmungsaktives dreilagiges Soft Shell-Material
- Winddicht und wasserabweisend (5000 mm)
- Seitentaschen und Brusttasche mit Innenfutter sowie umgekehrten Reißverschlüssen mit Zugband
- Durchgehender Reißverschluss mit Regenblende und Reißverschluss-Schutz am Kragen
- Kordelzug im Saum, verlängertes Rückenteil und individuell verstellbare Ärmelabschlüsse
- Mit dem Außengewebe verbundenes Microfleece-Futter
- Trocknergeeignet bei niedriger Temperatur
- Waschbar bis 40° C
- Damenjacke femininer und taillierter Schnitt

## Material:

92% Polyester | 8% Elasthan

## Gewicht:

340 g/m<sup>2</sup>

**Preis: 55,60 €**

Größen-/ Farbentabelle		S	M	L	XL	XXL	3XL
Classic Red	Damen	25-4009	25-4109	25-4209	25-4309	25-4409	25-4509
	Herren	25-5809	25-5909	25-6009	25-6109	25-6209	25-6309
French Navy	Damen	25-4609	25-4709	25-4809	25-4909	25-5009	25-5109
	Herren	25-6409	25-6509	25-6609	25-6709	25-6809	25-6909
Titanium	Damen	25-5209	25-5309	25-5409	25-5509	25-5609	25-5709
	Herren	25-7009	25-7109	25-7209	25-7309	25-7409	25-7509



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: [osg.werbemittel@gdp-online.de](mailto:osg.werbemittel@gdp-online.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

# REBAR™ DEIN FREUND UND HELFER



**NEW**

**17**  
WERKZEUGE

[www.leatherman.de](http://www.leatherman.de)

## REBAR™

### FEATURES

Edelstahlkorpus, Anhängeöse

### WERKZEUGE

Spitzzange, normale Zange, auswechselbarer Drahtschneider, Litzendrahtschneider, Crimpzange, 420HC Messer und Wellenschliffmesser, Kreuzhiebfeile, Säge, kleiner und großer Schraubendreher, Kreuzschlitzschraubendreher, Ahle mit Ohr, Lineal (8 Zoll/20 cm) Flaschenöffner, Dosenöffner, Abisolierklinge

**Geschlossene Länge:** 100 mm

**Klingenlänge:** 69,8 mm

**Gewicht:** 189,9 g

GPEC Halle 3.0, Stand 316  
11.-13. Sept. 2012 in Leipzig

Security Halle 2, Stand C20  
25.-28. Sept. 2012 in Essen